

Regieren gegen das eigene Volk

– am Beispiel Baselland



Rudolf Keller,
Landrat,
SD-Regierungskandidat,
Frenkendorf/BL

«Die machen ja sowieso, was sie wollen» – das gilt nicht nur für «Bern», das trifft auch auf alle Kantone zu. Ich erlebe das in regelmässigen Abständen im Kanton Baselland. Bei der Schule beginnts und bei den Finanzen hörts auf.

Einbürgerungen, die andern und die SVP

Wie war das noch – hat nicht das Baselbieter Volk vor kurzer Zeit mit 60 % Stimmen gegen eine Liberalisierung der Einbürgerungen gestimmt? Die Regierung tut so, wie wenn diese Abstimmung nicht stattgefunden hätte. Und alle Parteien ausser den SD stimmen praktisch jeder Einbürgerungsvorlage zu.

Da werden Leute eingebürgert, die unsere Sitten und Gebräuche kaum kennen, da werden «armengnössige» Menschen eingebürgert, und natürlich ist es scheinbar kein Problem, dass viele Leute islamischen Glaubens unseren Pass erhalten. **SD-Landrat Bruno Steiger und der Schreibende prangern das immer wieder an im Parlament.** Es wird in der Einbürgerungsfrage

gegen das Volk regiert und gehandelt! Aber nun interessiert doch vor allem die SVP, welche sich immer so wortreich gegen Einbürgerungen in Szene setzt. Sie tut das aber nur ausserhalb des Parlaments – dort, wo es also «nichts nützt» – ausser dass es Propaganda ist. Die Entscheide werden nämlich im Landrat gefällt. **Und im Landrat bleiben wir 4 SD-Landratsmitglieder jeweils fast alleine.** Dem öffentlichen Landrats-Protokoll zu den Einbürgerungen entnehmen wir: 59 Ja zu 6 Nein (wobei 4 SD) bei 10 Enthaltungen (am 30. November 2006) oder 54 Ja zu 6 Nein (wobei 4 SD) bei 10 Enthaltungen (am 7. September 2006). **Wo sind also die 20 SVP-Landräte bei den Einbürgerungen, wenn es gälte Farbe zu bekennen? – Richtig, sie stimmen entweder für diese Einbürgerungen, oder aber sie enthalten sich «mutig» der Stimme. So bschisst mä s Volk!** Die Schweizer Demokraten sind in der Einbürgerungsfrage die einzigen, welche die Volksmehrheit vertreten.

Die SD sind konsequent: Aber die SVP macht bei den Einbürgerungen nicht, was sie den Leuten immer wieder weismachen will! Kommt Ihnen diese inkonsequente Politik bekannt vor – aus Ihrem Kanton? Stärkt deshalb die SD Baselland mit der Landratsliste 9!

Die Regierung, die Strasse und die Bahn

Kürzlich hatten wir im Landrat eine heftige Debatte um die Weiterführung der Eisenbahnlinie Sissach-Läufelfingen-Olten. Selbstverständlich beantragte die Regierung, dass dieses jährliche Defizit von rund 800 000 Franken nicht mehr akzeptabel und die Bahn deshalb einzustellen sei. Fast zur gleichen Zeit ging wenige Kilometer daneben der Umfahrungstunnel Chienberg/Sissach in



Auch im 2007 treten wir Schweizer Demokraten entschieden für die Erhaltung einer intakten Natur ein!

Betrieb, bei dem man – ohne mit den Wimpern zu zucken, schlussendlich den doppelten Preis zahlen musste. Rund 300 Millionen statt 150 Millionen Franken. Trotz aller Warnungen wegen geologischer Probleme, wurde dieser Tunnel, der jetzt wegen Wassereintrüben künstlich gestützt werden muss, teuer gebaut. Das Volk wollte diesen Tunnel. Man hätte ihn aber wesentlich billiger haben können, wenn man die Umfahrungsstrasse gemäss SD-Vorschlag unter der bestehenden SBB-Linie gebaut hätte.

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Wahlen Baselland:
SD-Liste 9
unverändert!

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Unter dem Zwang des Weltgeschehens
- 7 Multikulturell = Multikriminell
- 9 Wie gefällt der «Schweizer Demokrat»?
- 10 Ärgernisse im 2006
- 12 Gott bewahre mich

Regieren gegen das eigene Volk

Fortsetzung von Seite 1

Das gleiche Oberbaselbieter Volk will und wollte auch seine Eisenbahn erhalten. Es ging um wenige hunderttausend Franken, beim Tunnel um zig-Millionen. **Grundsätzlich misst die Regierung nicht mit gleichen Ellen.** So brauchte es denn einen – heiss erkämpften – Parlamentsentscheid, um die Bahnlinie, die man im Vergleich zur Umfahrungsstrasse fast gratis haben kann, zu retten.

Mit den SD hätte man eine kostengünstigere Umfahrungsstrasse (zum halben Preis) unter der SBB-Linie haben können. Die FDP-, CVP- und SVP-Sparapostel waren aber dagegen, sie wollten das Doppelte ausgeben! Kommt Ihnen diese inkonsequente Politik bekannt vor – aus Ihrem Kanton? Stärkt deshalb die SD Baselland mit der Landratsliste 9!

zweitens unsere Landessprache ist. Man war sich einig, dass auch Englisch wichtig ist, aber in zweiter Linie kommen muss. **Selbst die Wirtschaftsverbände riefen das Kantonsparlament in einem Brief dazu auf, das Frühfranzösisch vorzuziehen,** weil dies in der Nordwestschweizer Arbeitswelt die vorherrschende Fremdsprache ist. Was macht nun aber die Baselbieter Regierung daraus? Sie grenzt sich gegenüber den umliegenden Kantonen aus, indem sie sagt, dass das Frühenglisch vorzuziehen sei. Isolation ist die Folge. Es wird nun das Kantonsparlament brauchen, um diesen Regierungsentscheid zu korrigieren. **So wird das Volk verschaukelt und an den eigenen Grundsätzen vorbei politisiert.**

Beispiel Schulnoten: Und währenddem viele andere Kantone die Notengebung wieder ein-

führen, ist es im Kanton Baselland so, dass ab der 3. Schulklasse nicht alle Noten fürs Zeugnis zählen. Die Mehrheit des Volkes und auch sehr viele Schülerinnen und Schüler wollen aber, dass Noten, die sie im Laufe eines Jahres bekommen haben, auch wirklich zählen fürs Zeugnis. In der Westschweiz ist man diesbezüglich klüger geworden und hat den Schritt zurück zu zählenden Noten gemacht!

Die Regierung will die weitere sprachliche Anglisierung unserer Gesellschaft fördern und die Schulkinder um ihre Noten bringen. Da machen aber die SD nicht mit. Kommt Ihnen diese inkonsequente Politik bekannt vor – aus Ihrem Kanton? Stärkt deshalb die SD Baselland mit der Landratsliste 9!

Deshalb jetzt die Baselbieter SD-Liste 9 wählen

Abschliessend noch ein kleines Musterchen: Der kantonale Baselbieter Richtplan umschreibt die **künftige Raumplanung des Kantons Baselland.** Die Regierung veranstaltete eine Vernehmlassung. **Und der Plan ist durchgefallen. Wenige Zeit später legt derselbe Regierungsrat nahezu denselben Richtplan – fast unverändert – wieder zur Vernehmlassung vor.** Das ist arrogant, überheblich und zeigt die Geisteshaltung, mit der gewisse Politikerinnen und Politiker dem Volk, manchen Parlamentariern und vielen Organisationen gegenüber treten.

Kommt Ihnen diese überhebliche Politik bekannt vor – aus Ihrem Kanton? Stärkt deshalb die SD mit der Landratsliste 9!

Am 11. Februar gewinnen die SD Baselland die Landrats- und Regierungsratswahlen!

Schulharmonisierung à la Regierungsrat

Mit grossen Worten reden die Regierungsparteien immer wieder von der **Harmonisierung über die Kantongrenzen hinweg** und von eidgenössischen Absprachen. Wenn dann die Nagelprobe kommt, sieht es oft anders aus. Da haben doch alle Nordwestschweizer Kantone beschlossen, das **Frühfranzösisch vorzuziehen.** Auch Baselland, weil wir erstens an den Kanton Jura und an Frankreich grenzen und Französisch

Auch bei diesen Wahlen treten die SD wieder in allen 12 Wahlkreisen mit eigenen Listen an. 47 Männer und Frauen kandidieren auf den SD-Listen 9. Bisher hatten die SD Baselland 4 Landratsmitglieder. **Alle amtierenden SD-Landratsmitglieder treten wieder an, nämlich Margrit Blatter im Wahlkreis Waldenburg, Bruno Steiger im Wahlkreis Allschwil, Urs Hammel im Wahlkreis Reinach und Rudolf Keller im Wahlkreis Pratteln.** Unser Ziel sind 5 bis 7 Landratssitze. Mit einem Budget von rund

100 000 Franken treten wir zur Wahl an. Noch fehlt uns Geld. **Wir danken allen für die Überweisung einer Spende auf unser Postcheckkonto SD-Baselland, 40-31577-3, Liestal.**

Nachfolgend die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der einzelnen Wahlkreise:



Urs Hammel,
Wahlkreis Reinach
(bisher)



Michel Frey,
Wahlkreis Laufen
(JSD)



Bruno Steiger,
Wahlkreis Allschwil
(bisher)



SD-Regierungsratskandidat
Rudolf Keller,
Wahlkreis Pratteln
(bisher)



Erna Eyer,
Wahlkreis
Binningen



Julian Staub,
Wahlkreis Oberwil



Margrit Blatter,
Wahlkreis Waldenburg
(bisher)



Heinz Mattmüller,
Wahlkreis Muttens



Beatus Battli Häberli,
Wahlkreis Sissach



Hans Erny,
Wahlkreis Gelterkinden

Wir Schweizer Demokraten (SD) setzen uns ein **für:**

- einen **Einwanderungsstopp** und die konsequente Ausweisung von kriminellen und gewalttätigen Ausländern und Asylanten
- den **Vorrang für Einheimische**
- **Ruhe, Ordnung, Sauberkeit und öffentliche Sicherheit**

Keine Sonderrechte für Muslime auf unseren Friedhöfen und keine Minarette. Das multikulturelle Chaos verdanken wir der hemmungslosen Einwanderungspolitik der Regierungsparteien!

Liste 9

SD 
Schweizer Demokraten

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 9 unverändert wählen!!

Regierungsrat: Rudolf Keller

Härteres Vorgehen gegen Vandalismus!

SD, Postfach 224, 4402 Frenkendorf

www.schweizer-demokraten.ch



Gelten eidgenössische Gesetze für das Wallis nicht?

JJH. Im Wallis braut sich langsam ein juristischer Skandal zusammen. Offenbar im Vertrauen darauf, dass die so genannte Lex Koller, nämlich das Bundesgesetz über den Verkauf von Wohneigentum an Ausländer, bald aufgehoben würde, haben Immobilienagenten, Bauunternehmer und Tourismusförderer weit mehr Zweitwohnungen an Ausländer verkauft, als dem Kanton Wallis nach Kontingent zustehen würde. Die Verkäufe, für die das Geld zumeist bereits eingesackt ist, kamen einfach auf eine Warteliste, bis sie ordentlich ins Grundbuch eingetragen werden können. Insgesamt dürfte das Wallis nämlich jährlich nur 310 solche Bewilligungen erteilen! Ungefähr 1000 solche vorläufigen Geschäfte über das Kontingent hinaus wurden bereits abgewickelt, und die voraussichtlichen neuen Eigentümer müssen bis zu 6½ Jahre warten, bis ihr Eigentum ins Grundbuch eingetragen werden kann. Der Walliser Staatsrat hat nun die Notbremse gezogen. Für die Gemeinden Grimentz, Nendaz, Veysonnaz, Hérémenche, Bagnes – für Verbier zuständig – Riddes und Val d'Illeuz hat er nun für ein Jahr einen totalen Verkaufsstopp verfügt. Wegen Überbordung dieser nur



Wallis: Weit mehr Zweitwohnungen an Ausländer verkauft.

halblegalen Geschäfte müssen in diesen Gemeinden die Käufer über drei Jahre warten, bis ihr vorläufig erworbenes Eigentum ordentlich ins Grundbuch eingetragen werden kann, weil erst dann nach Gesetz ein Kontingent für den Kanton Wallis wieder fällig wird! Der Kanton Wallis gehört zu jenen Gebilden, die in der Vernehmlassung zur Lex Koller für die Aufhebung dieses Gesetzes eingetreten sind. Die Lex Koller wird aber in absehbarer Zeit nicht aufgehoben! Dafür werden die Schweizer Demokraten sorgen.

Hässliche Landschaft schädigt das Sozialverhalten

Kann Hässlichkeit einer Landschaft das soziale Verhalten beeinflussen? Beschädigt eine kaputte Natur auch Menschen? Noch eine oder zwei Generationen und das Land ist von Genf bis an den Bodensee zugebaut. Faktisch sind dann die Kantone Quartiere einer Grossagglomeration, in der schon heute drei von vier Einwohnern leben. Wenn 1,3 m² Naturboden pro Sekunde ohne Realersatz verschwinden, ist die Zukunft für einmal ganz einfach berechenbar. Dabei war doch alles immer so gut gemeint, auch das Raumplanungs-

gesetz von 1976. Im gleichen Jahr illustrierte das populäre Kinderbuch von Martin Walser «Und ewig nagt der Baggerzahn» die wunderbare Verwandlung unserer Wohngebiete. Dreissig Jahre danach ist das verplante Chaos unübersehbare Realität. Macht es etwas aus, wenn der Ständerat soeben beschlossen hat, das Raumplanungsgesetz zu lockern? Die Koalition der Zersiedler folgt ungehindert der Logik des Immobilienmarktes.

Erhard Taverna
in «Schweiz. Ärztezeitung»

WTO-Abkommen bedroht Landschaftsschutz!

Wird es in Zukunft noch möglich sein, neue und griffige Umwelt- und Landschaftsschutzmassnahmen zu erlassen? Die von der Basler Geografin Monika Jäggi verfasste Studie «GATS, Tourismus und Umwelt lässt daran zweifeln.

Naturschutz als Handelshemmnis

Das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS hat zum Ziel, den weltweiten Handel mit Dienstleistungen zu fördern. 1994 hat die Schweiz das Abkommen unterzeichnet und sich damit verpflichtet, die inländische Gesetzgebung an die GATS-Bedingungen anzupassen. Damit will die WTO aus ihrer Sicht störende Handelsschranken abbauen. Und dazu gehören unter anderem wirksame Gesetze im Landschafts- und Naturschutz. So hat das GATS denn auch bereits dazu geführt, dass in der Schweiz voraussichtlich Beschränkungen des Zweitwohnungsbaus (Lex Kol-

ler) sowie der wirtschaftliche Nachweisbedarf für den Bau von Hotels und Restaurants abgeschafft werden.

Ausserdem erlaubt das GATS keine quantitativen Beschränkungen wie zum Beispiel bei der Anzahl Touristen, Hotels, der Skilifte oder Golfplätze.

Und nicht nur Ausnahmen will das GATS zur Regel machen: Werden bei den Tourismusprojekten, wie aktuell in Andermatt, keine griffigen ökologischen Auflagen eingefordert, darf das auch künftig bei ähnlichen Vorhaben nicht mehr getan werden. Es ist absehbar, dass unter diesen Umständen Bau- und Zonenordnungen allmählich zu Makulatur verkommen dürften, eine nachhaltige Tourismusentwicklung bliebe frommer Wunsch. Die Folgen der strikten GATS-Bestimmungen sind gravierend.

Marianne Hochuli,
in «Natura Magazin»

Stromeffizienz – für den Ständerat kein Thema

Allein bei den Elektroheizungen und -boilern könnte mit den richtigen Massnahmen Atomstrom in der Grössenordnung der Produktion der drei Alt-AKW Beznau 1 und 2 und Mühleberg eingespart werden (Elektroheizungen profitieren vom günstigen AKW-Nachtstrom). Nur sieben Prozent aller Wohnungen sind mit Elektroheizungen bestückt, doch von November bis Februar absorbieren sie die Hälfte der Schweizer AKW-Kapazität. Würden diese Systeme durch effiziente und erneuerbare Technologien ersetzt, säne der Stromverbrauch in diesem Sektor um über 70 Prozent. Dadurch könnte auf neue klimaschädliche und gefährliche

Grosskraftwerke verzichtet werden. Damit diese Stromschleudern vom Netz genommen werden, setzte sich Greenpeace im Rahmen der Ständeratsdebatte über das Energiegesetz für verbindliche Vorschriften ein. Greenpeace forderte ein Verbot von neuen Elektrowiderstandsheizungen und Verbrauchszielwerte für Elektroboiler. Doch der Ständerat verpasste die Chance, eine zukunftsfähige, umweltfreundliche und kostengünstige Strategie zu fördern. Er möchte den Energieverbrauch der Privathaushalte bis 2030 nur stabilisieren. Für Elektroheizungen gibt es weiterhin keine verbindlichen Vorschriften an die Kantone.

Missstände im Pelzhandel

Auch wenn die Modebranche jeden Herbst ihre PR-Maschine anwirft, um die Zustände schönzureden: An den grausamen Methoden der Jagd, der Haltung und der Tötung von Tieren zu Modezwecken hat sich nichts geändert. Nicht nur Wildtieren – selbst Haushunden oder Büsis wird unterdessen das Fell über die Ohren gezogen. Zwar geben hie und da gut sichtbare Etiketten Auskunft über die Tierart, die Herkunft, die Bezeichnung der Veredlungsart und die Verarbeitungstechnik. Aber diese Zertifika-

te sagen nichts aus über die tierquälerische Haltung oder Tötung der verwendeten Tiere.

Bei Accessoires und Kleidern mit Pelzbesatz fehlen oft sogar diese Etiketten, oder dann sind die Bezeichnungen irreführend. Hinter dem «asiatischen Waschbär» steckt ein «Haushund», hinter dem «Finnraccoon» ein «Marderhund». Diese Verschleierungstaktik ist in Warenhäusern und auch im Versandhandel gang und gäbe.

Zürcher Tierschutz

Eine Schweiz ohne Gletscher?

Nach einer neuen Studie des Glaziologen Martin Funk der ETH Zürich werden bis in 100 Jahren sämtliche Gletscher der Schweiz verschwunden sein. Allerdings verläuft die politische Diskussion über die Schmelze unserer Gletscher, CO₂-Ausstoss und Klimaerwärmung sehr einseitig und klammert manche Gesichtspunkte einfach aus! Der weltweite Kampf gegen die andauernde Steigerung des CO₂-Ausstosses mag ja richtig sein, wobei unbestritten ist, dass der diesbezügliche Beitrag der Schweiz nur minimal sein kann. Aber es gibt nicht nur das Weltklima, sondern viele verschiedene Regionalklimas! Unbestritten ist dabei, dass die Regionalklimas dicht bevölkerter Grossagglomerationen wärmer sind als diejenigen umliegender freier Landschaften. So erwärmt sich der Raum der

Schweiz drei Mal schneller als das Weltklima! Die Umwandlung der Schweiz in eine einzige grossstädtische Agglomeration von Genf bis Rorschach und von Basel bis Chiasso hat dabei einen verheerenden Einfluss auf deren Regionalklima! Die Heizungen, der immer dichtere Verkehr, auch per Eisenbahn, die industrielle Produktion, aber auch die Dienstleistungen mit den vielen Computern spielen dabei ihre Rolle. Es wird einfach immer mehr Energie ins Gesamtsystem eingespeist. Auf diese Entwicklung haben wir einen grösseren politischen Einfluss als auf die Entwicklung des Weltklimas, und die Schweizer Demokraten, früher die Vorgängerpartei Nationale Aktion, weisen seit Jahrzehnten auf diese Gefahren hin! Die Schweizer Bundesratsparteien, welche durch ihre andauernde Einwanderungs-



Der Triftgletscher (BE) am 30. Juni 2004 und am 30. Juni 2005.

politik die Überbevölkerung der Schweiz mit all diesen schlimmen Folgen zu verantworten haben, sollten sich an der Nase nehmen! Aber das geschieht überhaupt nicht! Die Zusammenhänge werden im Gegenteil verdrängt, und die grossen Medien machen mit! Auch heute noch macht keine

Bundesratspartei hier Opposition! Von SVP bis Sozialdemokratie sind kritiklos alle für «Wirtschaftswachstum», was erfahrungsgemäss unweigerlich auch Bevölkerungswachstum durch die andauernde Einwanderung und weitere Klimaerwärmung zur Folge hat!
Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Der Wald starb zwar nicht – aber Schäden bleiben!

Keine Mär ist der Hilferuf von Ärztinnen und Ärzten aus der ganzen Schweiz vor zwanzig Jahren: Der sterbende Wald und die Menschen seien vor der verheerenden Luftverschmutzung zu retten und dringende Massnahmen zur Luftreinhaltung zu ergreifen. In der Zwischenzeit hat sich einiges getan, dem Patienten Wald geht es etwas besser. Dennoch, trotz Fortschritten in der Luftreinhaltung ist der Wald auch heute noch einer zu hohen Belastung durch Luftschadstoffe ausgesetzt. Jahr für Jahr wird den Schweizer Wäldern zu viel Stickstoff aus der Luft verpasst. Die Belastung durch Ozon- und Stick-

stoffeinträge liegt vielerorts über den international festgelegten kritischen Belastungsgrenzen.

Käferbefall

Baumkrankheiten und forstliche Schadinsekten beeinflussen laufend die Waldgesundheit und werden durch extreme Witterungsereignisse gefördert. So verursachte der trockene Sommer 2003 eine starke Zunahme der Krummzahnigen Weisstannenborkenkäfers, und der Jahrhundertsturm «Lothar» vom Dezember 1999 löste eine Massenvermehrung des Buchdrucker-Borkenkäfers aus. Diese dauert immer noch an und übertrifft frühere Epidemien um ein

Mehrfaches. Ein Rekordbefall mit über 2 Millionen Kubikmeter Käferholz wurde im Jahr 2003 erreicht. Im Jahre 2005 wurden noch 950 000 Kubikmeter stehende Fichten befallen. Dies ist immer noch mehr als die zehnfache Menge des jährlichen Käferholzanfalles vor dem Sturm «Lothar».

Das Trockenjahr 2003 hat sich ganz unterschiedlich auf den Schweizer Wald ausgewirkt; so zeigten die Bäume auf 15 der 17 Forschungsflächen der eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft im Jahr 2003 eine klare Beziehung des Stammzuwachses mit dem berechneten Trockenstress, je trockener es zwischen März und August 2003 war, um so geringer war der Stammzuwachs im Vergleich zum Vorjahr. Die Trockenheit nahm dabei mit der Höhe ab. Auf den trockensten Flächen wurde im Spätsommer und Herbst zum Teil eine verfrühte Blattverfärbung und ein verfrühter Blattfall beobachtet. Im Sommer 2004 wurde dann auf vielen Flächen eine stark erhöhte Kronenverlichtung registriert.

Im Wallis ist zurzeit ein grossflächiger Landschaftswandel zu beobachten. Einerseits weisen die Waldföhrenwälder seit mehreren Jahrzehnten stark erhöhte Absterberaten auf. Im Jahr 2004 betrug beispielsweise die Mortalität auf der Forschungsfläche in Visp rund 20 Prozent.

Schädigung durch Ozon

Die Wirkung von Ozon auf die Waldbäume ist komplex. Bei hoher Ozonbelastung, wie sie in den

Sommermonaten vor allem im Südtessin auftritt, können bei empfindlichen Baumarten wie Buchen und Eschen Bronzeverfärbungen der Blattoberseite beobachtet werden. Auswertungen von Daten aus Walddauerbeobachtungsflächen zeigten ein signifikant eingeschränktes Stamm- und Triebwachstum von Buchen unter erhöhter Ozondosis.

Schlussbemerkung

Glücklicherweise gibt es heute keine Anzeichen, dass der Schweizer Wald in seiner Existenz unmittelbar bedroht wäre. Diese erfreuliche Feststellung aus der Waldforschung bedeutet indes nicht, dass alles zum Besten stehen würde. So stellen Schadstoffeinträge aus der Luft, insbesondere Stickstoffoxide, nach wie vor ein ernstliches Langzeitrisko für unseren Wald dar – die Folgen lassen sich bislang kaum abschätzen.

Aus: Oekoskop, Fachzeitschrift der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz



Herbstlicher Waldboden.

Anzeige

Buchhaltungen Steuererklärungen

– Private – Geschäfte
Gründungen (GmbH/AG)
Erbisachen

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. 044 946 00 51, Fax 044 946 00 52

Unter dem Zwang des Weltgeschehens!

Der politische Kommentator ist – entgegen der Meinung vieler Leser – in der Auswahl seiner Themen keineswegs frei. Aus der Menge der Informationen, die ihm im Laufe z.B. eines Monats zur Kenntnis kommen, muss er die bedeutungsvollsten – immer nach seiner persönlichen Beurteilung, selbstverständlich – auswählen und verarbeiten.

Er trifft also an Stelle seiner Leserschaft eine Auswahl und wird damit für deren Information oder Desinformation zumindest teilweise verantwortlich. Diese Verantwortung ernst zu nehmen, verlangt oftmals unangenehme Entschiede. Vor allem dann, wenn die wichtigen Nachrichten aus dem eigenen «Sympathielager» stammen und negativ sind. Oder wenn man seinen Lesern zumutet, etwas zur Kenntnis zu nehmen, das sie lieber nicht wissen möchten.

Spektakulär – aber kaum bedeutungsvoll!

– ist z.B. die Meldung, dass sich Kenias Präsident Mwai Kibaki sein Monatsgrundgehalt von 7600 Euro auf 21600 Euro erhöhen und durch das Parlament absegnen liess, während 60% seines Volkes weniger als 40 Euro/Monat zur Verfügung haben – oder

– ist, wenn der Kreml die Verantwortung für den Mord am Ex-Agenten Alexander Litwinenko heftig zurückweist und sogar mit politischen Folgen droht, sollte der Fall durch die Justizbehörden Englands oder Deutschlands genau geklärt oder sogar aufgeklärt werden. Schliesslich weiss man sehr genau, dass abgesprungene Agenten des KGB oder auch des CIA (und vieler anderer Geheimdienste!) aufs höchste gefährdet sind und oftmals auf unerklärliche Weise «verunglücken»! Wehe dem, der zuviel über den schmutzigsten aller Kriege, den Krieg der Geheimdienste, weiss und die Front wechselt!

– ist die Meldung aus den USA, dass im reichsten Land der Welt 38 Millionen Menschen hungern, sich 46,6 Mio Menschen keine Kran-

kenversicherung leisten können und dass die Lebenserwartung unter jene von Bangladesh gesunken ist. Die zur Zeit in den USA vorherrschende gesellschaftspolitische Ideologie wird deswegen kaum in Frage gestellt. Schliesslich kann ihre Führungselite schamlos Geld schaufeln.

Bedeutungsvoll – aber unspektakulär!

– ist die Meldung, dass in der EU Milliardenbeträge jährlich verschleudert werden, da (Zitat): *...der Europäischen Union sämtliche Kontrollmechanismen einer funktionierenden Demokratie fehlen.* – Diese Feststellung müsste eigentlich alle EU-Turbos bekehren, sofern es ihnen um das Wohl des Volkes gehen würde. Doch nehmen sie nicht einmal zur Kenntnis, dass der EU-Rechnungshof seit Jahren die Abschlüsse der Verwaltung nicht genehmigt – ohne Folgen für die Verwaltung!

– ist, was Michael Scheur, der Terrorismus-Experte der CIA (von 1982 bis 2004) jüngst in einem Interview erklärte (Zitat): *«Die Führung der Republikaner und der Demokraten nimmt die Welt einfach nicht so wahr, wie sie ist. Unsere grösste Schwierigkeit in den nächsten Jahren wird sein, dass diese Politiker weiterhin glauben, unser Problem mit der islamischen Welt beschränke sich auf einige islamische Extremisten, die Amerika für seine Freiheiten hassten. – Osama Bin Laden und seine Leute kämpfen aber in erster Linie gegen amerikanische und westliche Aussenpolitik in der islamischen Welt. Sie kämpfen nicht, weil unsere Frauen zur Schule gehen und arbeiten.*

– *Sie kämpfen, weil wir im Irak sind und in Afghanistan. Sie kämpfen, weil wir Putin in Tschetschenien unterstützen. Sie kämpfen, weil wir im letzten halben Jahrhundert Polizeistaaten im Nahen Osten unterstützt haben»* – *Diese Politiker sind die Architekten der amerikanischen Aussenpolitik, aber sie sind Feiglinge, sie sagen eben nicht: Wir haben 50 Jahre lange die islamische Welt provoziert und zahlen jetzt den Preis dafür, wir müssen entweder unsere Politik ändern, oder wir werden in einen sehr blutigen, jahrzehntelangen Krieg hineingezogen.*

Damit wird gesagt, dass von den USA – ob nun Demokraten oder Republikaner an der Macht sind, keine wesentliche Änderung der



Beschränken sich unsere Probleme mit der islamischen Welt auf einige islamistische Extremisten?

Machtpolitik in den kommenden Jahren erwartet werden kann.

– ist die jüngste Aussage des norwegischen Friedensforschers Prof. Johan Galtung (Träger des alternativen Friedensnobelpreises 1987): *«Die Schätzungen der von den USA weltweit getöteten Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg schwanken zwischen 12 und 16 Millionen. Bei allen US-Interventionen geht es darum, das eigene ökonomische System zu fördern. Der Krieg gegen den Terror ist nur ein Alibi».*

In der Erklärung zu dieser bedeutungsvollen Aussage heisst es: Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die USA Millionen von Menschen getötet, unbeschreiblichen Sachschaden angerichtet und unsägliches Leid über die Welt gebracht. Und das war erst der Anfang, denn es scheint, als könnten die Amerikaner von Krieg und Zerstörung nie genug bekommen. Seit 1945 haben die USA 110 sog. «Befreiungsaktionen», Interventionen und Kriege inszeniert, die meist als «friedensschaffende Massnahmen» deklariert waren. Auch die vorerst letzten Aktionen dieser Art, der Irak-Krieg und der Libanon-Feldzug, wurden von langer Hand und mit Lügen und unglaublichen Manipulationen zielstrebig vorbereitet. Diese Erklärungen enden in der Aussage: *«Wir vermissen den nachhaltigen Protest internationaler Politiker gegen den Staatsterror der USA und Israels».*

Dann folgt der Appell: *«Jeder Einzelne kann etwas bewegen, indem er dem Konsumterror, der multi-kulturellen Gleichmacherei und der natur- und menschenzer-*

störenden Dauerexpansion entgegentritt und der ausbeuterischen Globalisierung und der in alle Lebensbereiche eindringenden Amerikanisierung selbst Einhalt gebietet.»

Es ist vorauszusehen, dass dieser bedeutungsvolle Aufruf unspektakulär verhallen wird – zumindest in der westlichen Welt, da die Zuordnung von «gut» und «böse» scheinbar unverrückbar in den Köpfen der meisten Zeitgenossen festgezurrt ist.

Wenig bemerkt – aber von fundamentaler Bedeutung

– ist die Feststellung, dass sich die Bevölkerung Afrikas in den letzten 50 Jahren vervierfacht hat; sie nähert sich der Milliarden-Grenze. Dass damit der Einwanderungsdruck auf Europa kontinuierlich zunimmt, wird nur unzureichend wahrgenommen. Die Zerstörung der sensiblen afrikanischen Natur, die Entwicklung unmenschlicher Bevölkerungsbomben in Riesenstädten, die Armut und die Ausichtslosigkeit der nachwachsenden Generationen ergeben ein Potenzial für unvorstellbare menschliche Tragödien, welche die ganze Menschheit erschüttern werden. Der Mord an den 800 000 Tutsis durch die Hutus mag davon einen Vorgeschmack geben.

Die aus unseren Kreisen vor 30 Jahren vorgeschlagene Bindung von Entwicklungs- und humanitären Hilfen an Familienplanungsprogramme wird immer mehr zu einer *Conditio sine qua non!*

Fortsetzung Seite 6



Invasion der Illegalen. Druck auf Europa nimmt zu.

Unter dem Zwang des Weltgeschehens

Fortsetzung von Seite 5

– ist der sich verstärkende Schwächeanfall des Dollars. Immer mehr Staaten beobachten diese Entwicklung mit zunehmender Nervosität. In den vergangenen Jahren haben sie Währungsreserven in Rekordhöhe angehäuft. Diese betragen nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) den Gegenwert von 4,347 Billionen Dollar. Davon werden etwa 66% oder 2,87 Billionen in Dollar gehalten. Das chinesische Statistikbüro hat die Zentralbank ungewöhnlich deutlich aufgerufen, die Streuung der Währungsreserven zu beschleunigen (China hält ca. 730 Milliarden Dollar als Währungsreserven). Dadurch wird der Euro-Kurs im Verhältnis zum US-Dollar weiter steigen. Weltweit wird der US-Dollar immer mehr vom Euro als internationale Handelswährung (auch zunehmend im Oelhandel) abgelöst.

Seit Mitte der Neunzigerjahre geben die USA mehr Geld aus, als sie einnehmen, und den Fehlbetrag leihen sie sich im Ausland. Die USA sind also auf permanente Geldzuflüsse aus dem Ausland angewiesen. Inzwischen sind die USA mit 2,7 Billionen US-Dollar die grösste Schuldnation der Welt.

– ist das altbekannte Sprichwort: **«Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.»**

Es ist für das Verständnis der heutigen weltpolitischen Situation – mit all dem unversöhnlichen Misstrauen – von entscheidender Bedeutung.

In den jüngsten politischen Auseinandersetzungen bekannten sich bedeutende US-Politiker zur Theorie von Leo Strauss, wonach die unwissende Masse zur Zustimmung zur jeweiligen Politik mit Hilfe von Lügen gebracht werden dürfe. Wohin das führt, mag ein Zitat aus dem Pentagon-Report von Anfang dieses Jahres zeigen:

«Die Vereinigten Staaten sind eine Nation, die in einem Krieg engagiert ist, der ein langer Krieg sein wird. An jedem beliebigen Tage sind nahezu 350 000 Männer und Frauen der bewaffneten US-Streitkräfte in ungefähr 130 Ländern aufmarschiert oder stationiert. Das amerikanische Verteidigungsministerium ist der weltgrösste Arbeitgeber, der mehr als drei Millionen Menschen direkt beschäftigt.»

Als Erfolg der Kriegspropaganda im eigenen Land wird betont, dass, wenn ein Journalist negativ über den Krieg berichtet, er sofort als



Wie in den USA setzt der Bund auch in der Schweiz immer hemmungsloser «Spin-doctors» ein.

Landesverräter oder Nestbeschmutzer denunziert werde.

«So verwandelte sich schon im Ersten Weltkrieg eine der ältesten repräsentativen Demokratien der Welt in eine gesteuerte und geleitete undemokratische Staatsform. Sie sieht den Bürger als williges Objekt, mit dem man keinen Dialog mehr zu führen braucht. Der Bürger wird zu dem Ziel geführt, das die Regierenden und der militärisch-industrielle und der Medien-Komplex vorgeben.»

(Eine Entwicklung, die in unserem eigenen Land ganz klar auch im Gange ist. Man denke etwa an das neue Verständnis der Exekutive in der Führung von Abstimmungskämpfen oder den hemmungslosen Einsatz von «spin-doctors» durch die Departemente des Bundes!)

Damit sind wir wieder bei J. Galtons Aussage gelangt und können zweifellos verstehen, wieso die amerikanische Aussenpolitik im Dienste des amerikanischen Systems den freien, offenen Weltmarkt braucht und damit unbedingt den Sieg in all den angezeigten Kriegen – Vietnam und jetzt Irak waren und sind bloss Ausrutscher!

Robert Gates – ein Hoffnungsträger?

In diesen Tagen wurde die Kriegsgurgel Donald Rumsfeld durch Robert Gates ersetzt. Wer glaubt, dass damit etwas getan werde, um eine Wende zum Besseren einzuleiten, irrt sich.

Man denke an die Analyse des amerikanischen Strategie-Professors Stevenson, die in diesen Tagen publiziert wurde:

«Der neue Verteidigungsminister hat ein ganz klares, überschaubares Mandat: Er soll bis zum Beginn der heissen Phase im Wahljahr 2008 den weitgehenden Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak orchestrieren.»

Die USA denken jedoch nicht daran, den Nahen Osten zu verlassen oder ihre Allianzen mit Israel oder den Oelstaaten am persischen Golf aufzugeben. Sie sind durch ihr vitales Interesse an fossilen Brennstoffen gebunden und werden sich nur etwas zurückziehen, z.B. nach Kuwait. Da Bush und seine Aussenministerin Rice jegliches Gespräch mit Syrien oder dem Iran ablehnen, ist es klar, dass sich die amerikanische Politik weiterhin an das Ziel der kreativen Zerstörung zur Gestaltung eines Neuen Nahen Ostens nach amerikanischer Vorstellung klammern wird. Für den Bush-Berater Michael Ledeen sind die USA eine grossartige revolutionäre Kraft, deren Wesen

die kreative Zerstörung ist. So hat Robert Gates also lediglich den Auftrag, die republikanische Politik nach 2008 vorzubereiten.

Damit ist als sicher anzunehmen, dass uns das Weltgeschehen auch in Zukunft auf Trab hält.

Wieso bringt der Autor alle diese Informationen?

Allzuvielen Zeitgenossen nehmen Informationen nur soweit zur Kenntnis, als diese ihre vorgefassten Meinungen bestätigen. Wenn hier scheinbar einseitige Informationen gebracht werden, so deshalb, weil in Kenntnis all der ungunstigen Entwicklungen in zahlreichen Ländern der dritten Welt die Verantwortung unserer Gesellschaft für die Entstehung dieser fast unlösbaren Probleme beachtet werden muss. Man denke an die Folgen der Zerstörung der autochthonen Kulturen, die durch unsere Gesellschaft ausgelöste Bevölkerungsexplosion, die willkürliche Aufteilung der Staaten nach der Kolonialperiode, die Industrialisierung und neuerdings die Globalisierung, die Korrumpierung der Eliten durch Interessenvertreter der Multis usw. Dass alle diese Schwierigkeiten nicht durch Kriege, sondern nur in partnerschaftlichem Bemühen überwunden werden könnten, dürfte eigentlich selbstverständlich sein.

Hans Spitz, Köniz

Schweizer Sorgenbarometer 2006: Einwanderung verunsichert 18- bis 29-Jährige

Junge sind stolz auf Schweiz

SD. 70 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sehen die Schweizer Identität durch die zunehmende Einwanderung gefährdet. Jeder Zweite sieht die Öffnung der Schweiz gegenüber der EU mit Skepsis.

72 Prozent der jungen Schweizer und Schweizerinnen im Alter von 18 bis 29 Jahren sind stolz auf ihr Land. Fast alle stehen hinter Neutralität und Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft. Ihnen bereitet aber laut Sorgenbarometer 2006 der Credit Suisse auch etwas Sorgen: Mehr als zwei Drittel sehen nämlich ihre Schweizer Identität durch die Einwanderung gefährdet. Und sogar jeder Zweite hält nichts von einer internationalen Öffnung des Landes.

Bildung hoch im Kurs

Bei weiteren politischen Themen äussern sich die Jungen nicht so

klar. Der lauteste Ruf ist derjenige nach einer verstärkten Förderung von Bildungseinrichtungen. Sie wird von einer Mehrheit der 18- bis 29-Jährigen als das wichtigste politische Thema beurteilt. Weitere 65 Prozent finden es sehr wichtig und nur 30 Prozent eher wichtig.

Dauerthema Arbeitslosigkeit

Für vier Fünftel der unter 39-Jährigen ist die grösste Sorge die Arbeitslosigkeit. Das ist deutlich mehr als der Schweizer Durchschnitt: Zwei Drittel machen sich Job-Sorgen. AHV und Pensionskasse sind bei Jungen fast kein Thema. Kopfzerbrechen bereitet die Vorsorge nur jedem Fünftel der unter 40-Jährigen. «Die Jungen leben im Jetzt. Das Sicherheitsdenken ist nicht so ausgeprägt wie bei Älteren», sagt Andreas Schiendorfer von der Credit Suisse.

Multikulturell = Multikriminell

Vor vielen Jahren hat der Schweizerische Presserat die ihm angeschlossenen Zeitungen und Zeitschriften aufgefordert, bei ausländischen Tätern die Nationalität nicht zu erwähnen, um die «Ausländerfeindlichkeit in der Schweiz nicht unnötig anzuheizen»! Die Schweizer Demokraten wollen sich dieser Pressezensur nicht unterwerfen.

Deshalb veröffentlichen wir in dieser Rubrik regelmässig die Nationalität von ausländischen Gewalttätern und, soweit bekannt, auch die ehemalige Staatszugehörigkeit von eingebürgerten Ausländern.

Wer über Straftaten von Ausländern etwas weiss, kann dies an folgende Adresse melden:

SD Bezirk Baden, Postfach 1213, 5401 Baden.

Es können aber nur Meldungen veröffentlicht werden bei Einsendung des betreffenden Zeitungsartikels oder einer Kopie desselben mit der Angabe der Zeitung und

dem Erscheinungsdatum des betreffenden Artikels. Mündliche Aussagen oder solche nur «vom Hörensagen» werden nicht berücksichtigt.

– Aus der Aargauer Zeitung (AZ) vom 20.12.2006 (gekürzt): «Eine 61-köpfige Dealerbande wurde aufgehoben, davon stammen 46 aus der Schweiz. Der Haupttäter, der zu 36 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde, stammt aus dem Glarner Unterland». Aus dieser stark gekürzten AZ-Meldung kann man folgendes zwischen den Zeilen lesen: Es ist allgemein bekannt, dass der Drogenhandel zum grössten Teil in ausländischen Händen ist. Da kann man leicht erraten, dass es sich bei diesen «aus der Schweiz stammenden Dealern» wohl meist um Ausländer oder eingebürgerte Ausländer handelt. Dasselbe gilt mit Sicherheit auch für den Haupttäter. Wäre dieser nämlich Schweizer gewesen, wäre dies in dieser Schweizerhasser-Zeitung



«Aus der Schweiz stammende Dealer» bedeutet, dass es sich um Ausländer oder eingebürgerte Ausländer handelt.

mit Sicherheit gestanden, wahrscheinlich sogar gross im Titel.

– AZ 20.12.2006: Grosser Titel: «Kinderprostitution an Kenias Stränden». Im Untertitel stand gross: «Unicef-Studie: 12% der Freier sind Schweizer». Im umfangreichen Artikel war dann zu lesen, dass 41% der Männer Kenianer sind, 18% Italiener, 14% Deutsche und «erst» an 4. Stelle mit 12% Schweizer. Ohne Zweifel sind

auch diese 12% erschreckend hoch, gehören doch Kinderschänder ganz allgemein zu den miesesten Straftätern, die ich mir vorstellen kann. Aber, zwischen den im Untertitel gross hervor gehobenen «12% Schweizern» und dem Text, wo diese 12% «nur» den 4. Platz ausmachen, ist doch ein grosser Unterschied. Aber eben, um den verhassten Schweizern eins auszuwischen, ist der AZ jedes Mittel Recht.



Nach dem Kopftuchstreit folgt in Holland der Streit ums Händeschütteln.

Moslems werden immer unverschämter

In dasselbe Kapitel geht auch Folgendes aus den Niederlanden:

Nach dem Kopftuchstreit kommt nun in den Niederlanden der Streit ums Händeschütteln. An einer Schule in Utrecht weigert sich eine muslimische Lehrerin, Männern zur Begrüssung und zum Abschied die Hand zu geben. Der Koran verbiete ihr, Männern die Hand zu ge-

ben. Der Schuldirektor hat darauf die Lehrerin vom Dienst suspendiert. Diese akzeptierte ihre Suspendierung nicht und wandte sich an die «Kommission zur Gleichbehandlung (CGB)». Und die urteilte, es sei das gute Recht der muslimischen Lehrerin, das Schütteln von Männerhänden zu verweigern (!).

Diese Kommission spielt in Holland offenbar dieselbe trübe Rolle, wie unsere Antirassismuskommission ARG unter dem berüchtigten Georg Kreis. Nur mit dem Unterschied, dass in Holland die Ministerin für Ausländerfragen und Integration, Rita Verdonk, nunmehr prüft, ob sie diese CGB nicht abschaffen kann, weil die

Kommission zu «solch absurden Einschätzungen gelangt».

In der Schweiz wird unsere sogenannte «Regierung» in Bern sich wohl nie dazu aufraffen, die Abschaffung der ARG-Kommission auch nur zu prüfen, es sei denn, unsere EU-Vögte in Brüssel würden dies verlangen.

Weihnachten verleugnen: wann auch bei uns?

In der AZ vom 8. Dezember 2006 fand sich ein grösserer Artikel mit dem Titel: «**Briten verzichten auf Weihnachtsfeiern**». Hier einige Ausschnitte: Im Lead halbfett gedruckt «Aus Angst vor Klagen von Andersgläubigen wird in diesem Jahr in britischen Unternehmen und Verwaltungen weniger gefeiert.» Wer mit «Andersgläubigen» gemeint ist, liest man bereits im nächsten Satz: ...«und vor allem Muslime könnten die oft ausschweifenden Bürofeiern als beleidigend empfinden». Laut Artikel wollen von 5000 befragten britischen Unternehmen etwa 80 Prozent in diesem Jahr keine Party veranstalten. Etwa 74 Prozent von 2300 befragten britischen Arbeitgebern verbieten sogar Weihnachtsbäume und Weihnachtsschmuck, um Andersgläubige nicht zu beleidigen. Ja, in einigen britischen Grossstädten untersa-

gen die örtlichen Behörden selbst Weihnachtsschmuck und Lichterketten in Einkaufszentren und Fussgängerzonen!

Und ein weiterer Tiefpunkt: «Ausser der Queen wird in diesem Jahr eine völlig verschleierte Muslimin eine Weihnachtsansprache halten». (!) Bei solch devoter Unterwürfigkeit mag es ein kleiner Trost sein, dass laut Artikel viele Muslime diese «politische Korrektheit» zu Weihnachten für völlig übertrieben halten. Und mit Recht sagen diese: «Das kann leicht nach hinten losgehen und christliche Briten gegen Muslime aufbringen». Wenigstens jemand, der in Grossbritannien noch nicht ganz verrückt geworden ist.

In der Schweiz müssen wir uns die bittere Frage stellen, ob wir nicht auch auf diesem Weg in die völlige Abhängigkeit vom Islam rutschen.



Jugendliche Vergewaltiger sollen die ganze Härte des Gesetzes spüren!

Multikulturell = Multikriminell

Amerikanische Gerichte erwünscht

Wenn man von Gerichtsurteilen in den USA (und deren Zustandekommen) liest, muss man oft nur stauend den Kopf schütteln, unabhängig ob man für oder gegen die Todesstrafe ist.

Aber für die Aburteilung der skrupellosen Kerle, welche in Seebach, Steffisburg und anderswo Mädchen massenweise vergewaltigt und damit womöglich das Leben der Opfer auf immer zerstört haben, wünschte ich mir, dass amerikanische Gerichte berufen werden könnten. Da würden diese Gangster kaum unter 15 Jahren Zuchthaus davorkommen, unabhängig von ihrem Alter.

Was wird aber bei unseren «Gerichten» passieren? Da wird vor allem darauf geachtet, dass die «armen» Täter ja nicht zu hart angefasst werden, es könnte ja ihre Zukunft zerstören.

Und die Zukunft der Opfer? Das kümmert unsere Gerichte wenig oder gar nicht. Ganz zu schweigen von den Psychiatern und Psychologen. Die werden tausend Gründe dafür bringen, warum die Täter ei-

gentlich selber Opfer sind. Angefangen natürlich vom jugendlichen, ach so zarten, Alter der Kerle. Wenn ein Jugendlicher erwachsen genug ist zum Vergewaltigen, muss er auch alt genug sein, dafür wie ein Erwachsener bestraft zu werden.

Nicht zu vergessen die fremde Kultur, aus der «sie gerissen worden sind». Selbstverständlich sind sie auch «kriegstraumatisiert».

Und schliesslich werden wir Schweizer noch selber als die eigentlichen Schuldigen dastehen, da wir zu wenig getan haben, um diese Leute zu integrieren, dass wir sie «ausgeschlossen und allein» gelassen haben usw., usf.

Ich bin der Meinung, dass unser Strafrecht in gewissen Teilen geändert werden muss. Aber nicht so, wie es jetzt auf den 1. Januar 2007 mit einer Entschärfung geschieht, sondern – vor allem bei Unzuchtsdelikten – indem es massiv verschärft wird.

Alle Artikel von
Dr. Dragan Najman, Baden

Die Sozialisten zeigen ihr wahres Gesicht

Die SP Schweiz (die sich fälschlicherweise Sozial-demokratische Partei nennt, denn das Wort demokratisch fehlt nicht nur im Kürzel SPS, sondern auch in der Gesinnung) schlägt allen Ernstes vor, dass der Drogenkonsum in der Schweiz straflos werden soll, und zwar nicht nur derjenige mit sogenannten leichten Drogen wie Marihuana und Haschisch, sondern auch der mit harten Drogen wie Heroin, Kokain usw. «Nur» der Erwerb von und der Handel mit Drogen soll weiterhin unter Strafe stehen. Erstens sei hier die Frage erlaubt, wie kommt der Konsument an Drogen, wenn er sie nirgends kaufen darf? Und vor allem, glaubt die SP Schweiz tatsächlich, dass die Schweizerinnen und Schweizer (abgesehen von unserer sogenann-

ten «Regierung» in Bern) schon so verblödet sind, dass sie nicht merken, wohin der Hase laufen soll? Die Absicht der Sozialisten ist klar: Je stärker drogenabhängig die Schweizer werden, desto leichter kann man sie manipulieren und ihnen die sozialistischen Ideen von Marx und Lenin eintrichtern. Das erinnert mich daran, in der Kanti gelernt zu haben, dass Garibaldi Mitte des 19. Jahrhunderts in Italien die allgemeine Schulpflicht einführen wollte.

Der Plan scheiterte damals am energischen Widerstand der katholischen Kirche, denn je dümmer das Volk blieb, desto leichter konnte es von der Kanzel her manipuliert werden.

Die Parallelen zum heutigen Plan der Sozialisten ist frappant.

Scheinehen in der Schweiz

In der Presse war kürzlich ein Artikel über die Scheinehen zu lesen und über deren Probleme in der Rechtspraxis. Unter anderem wurde eine Statistik über Eheschliessungen veröffentlicht. Im Jahr 2005 wurden im Kanton Aargau 2836 Ehen geschlossen. Knapp ein Drittel davon waren Ehen zwischen einem Schweizer und einer Ausländerin oder umgekehrt. Leider (oder wohlweislich) wurde die Anzahl Ehen nur zwischen Ausländern nicht erwähnt, das ist mit Sicherheit nochmals ein Drittel oder

mehr, sodass nur knapp ein Drittel Ehen zwischen Schweizern geschlossen worden sind. Laut Zeitungsbericht wurde 2005 vom Migrationsamt in ganzen zehn Fällen ein Verdacht auf Scheinehe verfolgt und nur in vier Fällen erfolgte eine Negativ-Verfügung.

Immerhin wird zugegeben, dass diese Zahl im Vergleich zu anderen Jahren tief ist. Im Jahr 2006 wurden bis Mitte November bereits 55 Verdachtsfälle untersucht mit 17 Negativ-Verfügungen.

Wir Schweizer Demokraten (SD) setzen uns ein **gegen:**

- die **Einbürgerung von schlecht eingegliederten Ausländern** aus fernen Ländern. Mehr als die halbe SVP-Fraktion und alle andern Parteien stimmen im Landrat regelmässig für Masseneinbürgerungen oder enthalten sich «mutig» der Stimme!
- das **Ausländerstimmrecht**, wie es die FDP (Parteitagbeschluss), SP, Grünen, EVP und CVP anstreben
- das schweizerfeindliche **Maulkorbgesetz (ARG)**, welches unsere Rede- und Pressefreiheit einschränkt

Liste 9

SD 
Schweizer Demokraten

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 9 unverändert wählen!!

Regierungsrat: Rudolf Keller

Vorrang für Einheimische!

SD, Postfach 224, 4402 Frenkendorf

www.schweizer-demokraten.ch

Wie «gefällt» der Schweizer Demokrat?

In welche Richtung soll sich der Schweizer Demokrat weiterentwickeln?

Der Schweizer Demokrat ist unsere Zeitung – unser Sprachrohr nach aussen und innen. Der Schweizer Demokrat ist eine wichtige «Waffe» im politischen Kampf. Er soll «parteiisch» sein und unsere Anhänger/innen informieren; unsere politischen Gegner jedoch aus dem Schlaf reissen!

Was gefällt und was missfällt unserer Leserschaft im Schweizer Demokrat?

Hier geben wir Ihnen die Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Beteiligen Sie sich bitte an unserer grossen Umfrage.

Die erhaltenen Antworten werden mithelfen, das Niveau unserer Parteizeitung anzuheben und allenfalls «Ungeliebtes und Überflüssiges» zu entfernen. Helfen Sie mit, indem Sie uns ihre persönliche Meinung rasch mitteilen. Den ausgefüllten Talon bitte der

unten stehenden Redaktionsadresse per Briefpost, Fax oder E-Mail zurücksenden. Herzlichen Dank für die wertvollen Anregungen.

Füllen Sie bitte den Talon möglichst vollständig aus. Können oder wollen Sie auf den einen oder anderen Punkt nicht antworten, dann lassen Sie die Frage unbeantwortet. Die meisten Fragen lassen sich mit ☒ Ja oder ☒ Nein beantworten.

Das nachfolgende Beispiel der Bewertungsskala sagt in Worten jeweils folgendes aus (linkes Symbol immer am besten; rechts ganz schlecht).

Bitte Symbole ankreuzen (bei E-Mail-Beantwortung auch ankreuzen)

- ☺ bestens ☺ gut
- ☺ zufriedenstellend
- ☹ ungenügend ☹ schlecht

Zeitungsinhalte

	☺ bestens	☺ gut	☹ zufriedenstellend;	☹ ungenügend	☹ schlecht
Leitartikel (Hauptartikel auf der 1./2. Seite)	☺	☺	☹	☹	☹
Hintergrundartikel (z.B. aus dem Nahen Osten)	☺	☺	☹	☹	☹
Aus den Kantonen	☺	☺	☹	☹	☹
Leben und Umwelt	☺	☺	☹	☹	☹
Junge Stimme/JSD	☺	☺	☹	☹	☹
Leserbriefe	☺	☺	☹	☹	☹
Veranstaltungskalender	☺	☺	☹	☹	☹
Französischsprachiger Teil	☺	☺	☹	☹	☹

(unsere Zeitung bleibt in jedem Fall zweisprachig, da wir eine nationale Partei sind und französisch – neben deutsch – die zweitwichtigste Landessprache der Schweiz ist).

Was müsste anders sein?

Antworten Sie mit Kreuzen: bitte mehr gerade recht bitte weniger

Sachlichkeit der Texte?

Politische Schärfe der Texte?

Sprach-Verständlichkeit der Texte?

Wunsch nach kontroversen Texten?
mehr Pro und Contra

Länge der Texte?

Vielfalt der Photos und Karikaturen?

falls andere gewünscht; welche? _____

Was fehlt im heutigen Schweizer Demokrat?

Stichworte angeben: _____

Ich bin: Parteimitglied Ja Nein;
 nur Abonnent/in Ja Nein

Geben Sie den Schweizer Demokrat nach dem Lesen weiter?
 Ja Nein

Ich bin zufällige/r Leser/in des Schweizer Demokrat
 Ja Nein

Zusätzliche Bemerkungen/Anregungen/Kritiken:

Welche Themen müssten stärker behandelt werden?

Stichworte: _____

Ist das heutige Erscheinungsbild des Schweizer Demokrat zeitgemäss? (Gestaltung, Titel, usw.) Ja Nein

Lesen Sie neben dem Schweizer Demokrat eine oder mehrere abonnierte Tageszeitung/en? Ja Nein

Lesen Sie täglich Gratiszeitungen? (z.B. heute, 20 Minuten) Ja Nein

Der Schweizer Demokrat erscheint heute monatlich. Sollte die Zeitung häufiger erscheinen?
wöchentlich Ja Nein
zweiwöchentlich Ja Nein

Ich würde hierfür eine Abo-Preiserhöhung akzeptieren? Ja Nein

Absender (fakultativ):

Name / Vorname: _____

Adresse / Strasse: _____

Wohnort: _____ Tel.-Nr. _____

Talon bitte baldmöglichst zurücksenden an: Schweizer Demokraten Postfach 8116, 3001 Bern, oder Fax: 031 974 20 11. Der Talon kann auch im Internet unter www.schweizer-demokraten.ch abgerufen werden und dann ausgefüllt retourniert werden. Besten Dank fürs Mitmachen!

Ärgernisse im 2006

Zusammengestellt durch Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau

1. Weil ein moslemischer Vater Einsprache gegen das Schnitzen von Rüben erhob (es verstosse gegen den Koran), wurde flugs der schöne Brauch abgeschafft. Nun basteln Pfyner Kinder Karton-Laternen...

2. Viele haben ein grosses Maul (Beiz) und wissen genau, was getan werden müsste! Gemeindeversammlungen oder Abstimmungen lassen sie aus! Sie sind mitschuldig, müssten aktiv werden!

3. Moslemische Jugendliche haben in der katholischen Kirche in Muttenz (BL) auf Altar und Taufbecken uriniert und gekotet. Der Islam ist eine mittelalterliche Kampfreigion! Er kennt nur Gläubige und «Ungläubige» (Nichtmuslime). Gegenüber ihnen erlaubt der Koran alles! (lügen, morden usw.)

4. «Ungläubige sind zu vernichten mit Feuer und Schwert – ihre Habe ist unter den Gläubigen aufzuteilen» oder «Die Nicht-Muslime werden von Allah wie das ärgste Vieh betrachtet» (8, 56)! «Die Christen und Juden kommen in das Höllenfeuer und bleiben ewig drin, denn sie sind die schlechtesten Geschöpfe» (98,14) «Darum kämpft mit der Waffe gegen die Nicht-Muslime...» (8,40), «Der Kampf mit der Waffe ist euch vorgeschrieben!» (2,217) «Ihr sollt die Mächtigen sein!» (47,36)

5. Darum: Bevor hier an runden Tischen mit Muslimen über Moscheen, gleiche Rechte und Glaubensfreiheit gesprochen wird, müssten wir weltweit Religionsfreiheit in muslimischen Ländern verlangen – alleine in Afrika wurden 2004 über 40000 Christen durch Muslime umgebracht! (UNO)

6. Bischof Koch, Präsident der Bischofskonferenz, meinte im «Sonntagsblick»: «Ich habe nichts gegen Minarette, aber ich glaube mit unseren Menschen über die Angst vor Fremdem reden zu müssen.» Was für ein Verrat an all den verfolgten Glaubensbrüdern!

7. Frauen sind gemäss Koran unrein, sie sind 2.-Klass-Menschen. Sie haben meistens beschränkten Zutritt zur Moschee. Männer sind ihre Herren. Frauen werden häufig geschlagen und müssen gehorchen. Darum ist es nicht verwunderlich, dass hier Mädchen vergewaltigt werden. In der Moschee gibt es einen separaten, kargen Gebetsraum für Frauen. Junge moslemische Burschen lernen diese Klassifizierung von den Alten. Aber auch alte Frauen sind für Muslime

minderwertig. Noch etwas: Eine unschuldig vergewaltigte Frau wird bei den Muslimen trotzdem als «Nutte» beschimpft, ausgegrenzt und total diskriminiert. Darum, so Sachverständige, werden viele Frauen in muslimischen Ländern vergewaltigt. Man deklariert und zerstört so ganze Familien, ihr Ansehen ist in der Gosse! Wahrlich, mieser geht es nicht mehr.

8. Das Rote Kreuz von Genf hat seine internationale Fahne (Rotes Kreuz auf weissem Feld) wegen der Muslime ändern müssen. Das Kreuz ist das Zeichen der Ungläubigen und eine absolute Zumutung für jeden Muslim. An Stelle des Kreuzes setzte Genf einen gelben Halbmond! Nun darf das «Rote Kreuz» mit (christlichen) Batzeli in muslimischen Ländern helfen... Wann verlangen eingebürgerte Muslime die Entfernung des Schweizerkreuzes z.B. auf Pässen und Fahnen? (wegen Unzumutbarkeit und seelischer Grausamkeit) Vor der Einbürgerung müssten darum Muslime schriftlich bestätigen, dass sie immer zum Schweizerkreuz stehen werden.

9. Wo in diesem Land ist das unverzichtbare Standbein der Demokratie garantiert? «Das freie Wort» gemäss BV § 16 wird von praktisch allen Medien – vor allem Radio, TV und Ringier-Medien – mit Füßen getreten. Was sollen also SD-Leute und -Parlamentarier, wenn sie dem Volke SD-Standpunkte nicht darlegen können und von Redaktoren kaputt gemacht werden dürfen? Hat die SD diese Grundrechte verteidigt?

10. BR Doris Leuthard (CVP) meinte im So-Blick, sie wüsche sich viel mehr Lidl- und Aldi-Läden, damit die Preise für Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte sinken... Weiss diese Dame nicht, dass ein Glarner Bauer nie so günstig produzieren kann, wie sein holländischer Kollege? Und die vielen (teuren) Auflagen (Tier- und Umweltschutz) in der Schweiz? Lernte die Bundesrätin diesen Unsinn an der Hochschule?

11. BR Doris Leuthard predigt mindestens 2,8% Wachstum. Sie plappert das den Hochschulen nach (z.B. St. Gallen). Doch so wird alles nur noch schlimmer, mehr Lärm, mehr Dreck, mehr Verkehr, mehr Probleme! Noch mehr fremd im eigenen Lande! Wir brauchen kein quantitatives Wachstum, aber bitte und ganz sicher qualitatives! Beton haben wir



Bis jetzt allein. Das einzige Minarett in der deutschen Schweiz steht in Zürich. Folgen bald mehr?

genug! Bessere Ideen und Produkte, bessere Schulen und Arbeiten und natürlich dazu die Förderung unserer Familien, statt Einwanderung und Einbürgerung zu forcieren. Öffnung heisst Lohn-Dumping, höhere Kosten und noch mehr Auslagerungen von besten Arbeitsplätzen!

12. Auch CVP-NR Häberlin aus dem Hinterthurgau wird – wie damals Leuthard – systematisch von fragwürdigen Medien aufgebaut und «in den Himmel gehoben...». Mit dem C auf der Brust hat diese CVP-Frau wochenlang von Familienförderung gefaselt (Vorlage vom 26. Nov. 06) – dabei lockt doch höheres Kindergeld noch mehr Leute in die Schweiz, auch der Familiennachzug wird stimuliert. Familienförderung ist dringend nötig, aber bitte für Schweizer Familien und nicht für Muslime aus aller Welt! Besonders salbungsvoll haben auch EVP-Leute von «Familienförderung» gelabert und sich gegenseitig auf die Schultern geklopft.

13. Zuerst holten sie Italiener, dann Spanier, Portugiesen, Jugoslawen, Türken und auch die Albaner! Wichtig ist und war die «Kohle» (Bauerei, Spekulation, Umsatz) – alles andere» sei doch gar kein Problem! Danke FDP, CVP, SVP, Grüne, Sozis und Gewerkschafter! Heute reden sie uns ein: «Integration darf kosten...!» Gleichzeitig werden immer mehr eingebürgert, auch nicht-integrierbare Moslems und natürlich über 90% Doppelbürger – so eine Schweinerei! Der-

einst hat Tito mit eiserner Faust die Völker Jugoslawiens «vereint». Als der Armeedruck verschwand, wurden Tausende massakriert. Jetzt bekommen alle den «Roten Pass» und werden ab Morgen alles Engelein sein. Arme Schweiz. Schon heute haben wir soviel Gewalt, Drohungen, sinkende Bildung, Kriminalität, Brutalität und Fremdsein im eigenen Land! Wichtig ist, wir haben wieder Baukrane und «Aufschwung!» – Zu welchem Preis?

14. Grüne klagen über Fluglärm und immer mehr Verkehr. Sie machen mit den Medien mobil und suggerieren mit Blick auf die Wahlen 2007 dem Wähler: «Grün hilft» und ist nötig. Klar? Dabei haben die Grünen für Öffnung und Einwanderung getrommelt und alles getan, dass unser Land «verkauft» wurde. Ist unser Volk denn so vergesslich oder nur dumm?

15. Der Bundespräsident 2006, BR Moritz Leuenberger, klagt im TV-DRS über die «Kampffrosche» und meint jenen BR Blocher, der im Albigüetli für die Vorlagen vom 24. Sept.06 gesprochen hatte. Er sieht offensichtlich den Balken im eigenen Auge nicht, denn SP-BR Calmy-Rey flog mit Heli nach Frauenfeld, machte Werbung für die Kohäsionsmilliarden (26. Nov. 06), hatte Mercedes- und Bodyguardsequipen dabei und fuhr, Grün markierend, mit der Bahn (und Bodyguards) zurück nach Bern. Auch Deiss war mit dem Heli im Semi Kreuzlingen auf Werbetour und CVP-Nachfolgerin Doris Leuthard zog ins dumme Emmental, um die Bürger aufzuklären: «Jeder Franken der Milliarde kommt zurück...» Die Frage ist nur, in welche Tasche.

16. «Beliebte Bundesrätin wird Bundespräsidentin 2007», meinte ein DRS-Radiomann am 12. Dez. 2006. Gemeint war Calmy-Rey – doch wo diese Dame «beliebt» sei, sagte der gute Mann nicht. Sicher bei den Linken und Grünen. Verwechselt diese Dame doch das Amt eines Bundesrates mit dem einer Partei-Chefin. Sie (und die anderen sechs BR) sind Exekutive, also Ausführende! Sie sollten sich in keinem Fall – dazu einseitig und mit Steuerfranken – in die Abstimmungswerbung einmischen. Das wäre Aufgabe der Parteien, der Legislative und der Medien. Schreiben wir BR Calmy-Rey, was das Volk wirklich denkt!

17. «Kalte Betten» heissen die weinerlichen Klagen aus dem Wal-



Am 1. Januar 2007 sind Rumänien (25 Millionen Einwohner, davon 5 Millionen Zigeuner) und Bulgarien (10 Millionen Einwohner, davon 1 Million Zigeuner) der Europäischen Union beigetreten. Jetzt herrscht Freizügigkeit und viele Hunderttausend Zigeuner werden nach Mitteleuropa strömen. Es werden sich Szenen wie oben gezeigte und weit schlimmere bei uns abspielen. Unser Bild: Zigeuner mit einem geplagten und geschundenen Tanzbären in der bulgarischen Hauptstadt Sofia.

lis, Tessin und Graubünden... Es gebe zuviele unbewohnte Liegenschaften (Lex Friedrich)! Dereinst hat das Volk im «Ausverkauf der Heimat» uns immer wieder Recht gegeben. Flugs wurde von den feinen Volksvertretern die Sache kantonalisiert und die dicken Geschäfte gemacht. Jetzt klagen die gleichen Idioten: Ganze Strassen seien in den Tourismusorten tot. Viele Eigner zahlen keine Steuern (mit Wohnsitz irgendwo in der Welt), aber Licht, Wasser, Kanalisation, Abfuhr, Feuerwehr und Schneeräumung müssen täglich klappen, denn morgen schon könnten Gäste kommen. Immer weniger Ansässige müssen für alles aufkommen und damit für andere Steuern bezahlen.

18. SP-RR Claudius Graf-Schelling (TG) verweigert der Opposition (SD-TG) Informationen über die Einbürgerungskandidaten. Der Bürger brauche nicht zu wissen, welcher Religion die Leute angehören und ob das alte Bürgerrecht abgelegt wird (über 90% sind Doppelbürger)! Er kann sich dabei auf kein Gesetz stützen, sondern handelt nach dem «Usus»-Prinzip. Weit haben wir es gebracht! An Gemeindeversammlungen sollen Gründe gegen eine Einbürgerung künftig schriftlich und vor der Versammlung eingebracht werden. Müssen wir sehr bald Detektive an-

stellen, um die faulen Stellen der Bewerber herauszufinden? Es ist Zeit für eine Volksinitiative, um festzuschreiben, das Volk ist ohne Wenn und Aber zuständig und ganz sicher keine Partei-Bundesrichter! Die Thurgauischen Regierungsräte haben auch in den Zeitungen publiziert, sie wären einverstanden mit den Wiederholungskursen und Armeeübungen im Ausland. Was soll das, hier soll die Exekutive doch endlich den Mund halten!

19. Eine vom Volk beschlossene Verwahrungs-Initiative wird einfach von NR SR als unmöglich erklärt und so das Volk für dumm verkauft! Dabei muss jede Vorlage vor einer Abstimmung auf ihre Machbarkeit geprüft werden. Aber auch der Volksentscheid vom 24. September 2006 wird ausgehebelt, diesmal durch die Asylrekurskommission! Von EU-Ländern abgewiesene Asylbewerber können gemäss ARK nun doch wieder in der Schweiz Anträge stellen! So ein Verbrechen gegen unsere Volksrechte!

Unser Grundsatz:

«Kein Geschäft dieser Erde kann so lukrativ sein, dass es sich lohnt, dafür seine eigene Heimat zu verkaufen!»

Werden Sie im 2007 für unser Land aktiv – oder helfen Sie mit Spenden!

Tierquälerischer Italiener vor Gericht!

Kürzlich stand der tierquälerische Italiener M.C. im Kanton Zürich vor Gericht. Ihm wurde der Tod eines Kindergartenschülers angelastet, der durch die Bisse von ihm zur Weiterzucht in die Schweiz importierter Hunde der Rasse Pitbull

umgekommen war. Er habe die Tiere, die in einem notdürftig zusammengeschüttelten Verschlag gehalten wurden und sich daraus befreien konnten, zu wenig beaufsichtigt. Er wurde wegen fahrlässiger Tötung vom Bezirksgericht

Dielsdorf zu 2½ Jahren Haft verurteilt.

Wichtig ist aber auch die Vorgeschichte des ganzen Falles! Der in der Schweiz aufgewachsene Italiener ohne hiesigen festen Wohnsitz war den Behörden wegen Tierquälerei, aber auch Diebstahl, Zuhälterei und Begünstigung bereits notorisch. Er war ihnen erstmals 1997 als Tierquäler bekannt geworden. Zeugen sagten vor Gericht aus, wie er seine Tiere schlug, unter anderem mit einer Pfanne. Im Jahr 2004 fiel er wegen einer tierquälerischen Katzenhaltung auf. Als seine Wohnung geräumt werden musste, fand man dort 14 Katzen in einem erbärmlichen, ausgehungerten Zustand.

Das hierauf vom Kantonstierarzt ausgesprochene Tierhalteverbot konnte ihm aber angeblich nicht zur Kenntnis gebracht werden. Das Schriftstück, das dieses Verbot festhielt, konnte ihm nämlich nicht überbracht werden, weil er schon damals über keinen behördlich anerkannten festen Wohnsitz verfügte. Er lebte in einem Wohnmobil auf einem Parkplatz in Wetzikon. Unangenehme Fragen sind damit auch an die Behörden zu richten: Ist es tatsächlich so, dass diese den Aufenthaltsort des Tierquälers nicht hätten ausfindig machen können und das ausgesprochene Tierhalteverbot somit nur

für den Abfall produziert worden sei? Was haben wir da für eine Ordnung?

Aber noch in anderer Beziehung ergeben sich Folgerungen. Es ist leider Mode geworden, die Masseneinwanderung von Italienern in die Schweiz zu verharmlosen, sie sogar als Gewinn zu bezeichnen und von «unsern lieben Italienern» zu sprechen. Schwierigkeiten hätten uns nur die später eingewanderten Leute aus dem Balkan bereitet. Dieser Auffassung ist scharf entgegenzutreten. Die Schweiz ist bereits überbevölkert, und jede Masseneinwanderung, woher sie auch immer kommen möge, ist deshalb strikte abzulehnen! Auch die Masseneinwanderung aus Italien hat uns in Schwierigkeiten gebracht, nämlich durch deren schlichte Masse! Neben einer schlimmen Wohnungsnot, welche die heute Aufgewachsenen nicht mehr kennen, überforderte auch die Einwanderung aus Italien die Schweiz, so dass die so genannte Integration der Einwanderer nicht reibungslos erfolgen konnte. Die Masseneinwanderung, woher auch immer, führt unweigerlich zu einer gewissen Anzahl gescheiterter Existenzen, einfach wegen deren ethnisch-nationalen Entwurzelung!

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat



Kanton St. Gallen



Gründung Schweizer Demokraten Gossau

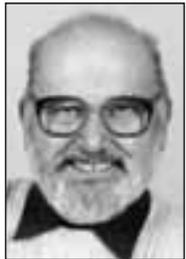
Am Freitag, 17. November 2006, fand die Gründungsversammlung der Schweizer Demokraten Gossau statt. Wie erwartet kamen etwa 15 SD-Anhänger inklusive Ehrengäste und Nachbarsektionen. Der neue Präsident, Thomas Fischer, hatte die Versammlung mit der Eröffnungsrede gestartet. Es wurde betont, dass pro Gemeinde drei SD Vertreter eine Partei gründen können, wie jetzt in Gossau SG. Hier wurden wir von der Stadt gut aufgenommen und sind im Internet auf www.gossau.ch aufgeschaltet. Hans Sturzenegger aus Speicher hat uns auf seinem Hackbrett angenehm unterhalten. Er ist Landwirt und unterrichtet auch Schüler. Mit der Ortspartei Gossau haben wir im Kanton St.Gallen das Vakuum zwischen den Sektionen Wil und der Kantonalsektion St.Gallen aufgehoben. Die Tagespräsidentin Evelyn Küffer aus St.Gallen schlug den Parteivorstand vor. Gewählt wurden als Ak-

tuar Daniel Widmer, Gossau, als Kassier Sam Nielsen, Algetshausen, und als Präsident Thomas Fischer, Gossau. Nach der Wahl wurde der Werbefilm der Stadt Gossau gezeigt. Dieser Film zeigt alles durch die Blume und alles im Butter, was dem eigentlichen Leben und der Realität nicht entspricht. Danach hat Markus Alder, Zürich, mit einem interessanten Referat über die Lex Koller und die EU-Ostmilliarde referiert. Ziel für die SD Gossau wird ein Sitz im Stadtparlament für 2008 sein. Im zweiten Teil wurde der Dokumentarfilm von Walter Dillier gezeigt. Dieser spielte sich in den Jahren von 1955–1977 ab. Eindrücklich wurden noch Sitten und Bräuche der damaligen Zeit gesehen, welche noch typisch schweizerisch waren. Der neue Präsident schloss die GV und bedankte sich bei den Anwesenden für ihr Erscheinen.

Thomas Fischer,
Präsident SD Gossau

Die monatliche Kolumne von e. Nationalrat Valentin J. Oehen

Gott bewahre mich vor meinen Freunden – mit meinen Feinden werde ich schon selber fertig!



e. Nationalrat
Valentin J.
Oehen, Köniz

...müssen zweifellos alle Drogenabhängigen und Drogengefährdeten insbrünstig beten!

Sie alle haben letztlich nur einen Wunsch; den Wunsch nämlich – von den Drogen wegzukommen; – das psychisch/seeleische Gleichgewicht (wieder) zu finden; – ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben führen zu können.

Ihre angeblichen Freunde

- sind jene, die ihnen den Stoff vermitteln als letzte der verbrecherischen Kette von der Drogenproduktion über den Grosshandel bis hin zu den Dealern und den falschen Freunden (im vulgären Deutsch: (Dr...se...ko...n), die sie zum Konsum animieren;
 - sind jene, die den Drogenhandel und den Drogenkonsum nur halbherzig bekämpfen mit faulen Ausreden
 - wie etwa, unsere Gesellschaft sei inkonsequent, da sie ja den Alkohol- und Nikotin-Konsum, resp. – Abusus auch straffrei zulasse. – gerade so, als ob eine gesellschaftliche Fehlentwicklung Grund sein müsste, um noch schlimmere Abirrungen zu tolerieren.
 - wie die Verfechter der staatlichen Heroinabgabe an Schwerst-süchtige, weil damit angeblich die Todesfälle wegen Überdosierungen zurückgehen und die Beschaffungskriminalität abnehme.
 - Gerade so, als ob man mit der Gratisabgabe des Giftes nicht praktisch den Willen und damit die Chance zum Ausstieg unterminieren würde.
 - Gerade so, als ob mit der langsamen Vergiftung nicht einfach nur das Leiden der Betroffenen verlängert würde.
 - Gerade so, als ob die Gesellschaft nicht mehr die Kraft aufbringen würde, kriminelle Drogensüchtige in streng geschlossenen Entzugskliniken zu behandeln.
- Wenn eine Sozialistin Gaby Vermot im Nationalrat verkündet, es sei

«falsch den Erfolg einer Therapie ausschliesslich an der Abstinenz zu messen», treibt sie ein böses Verwirrspiel.

Der medizinische Begriff der Therapie wird übel missbraucht; **eine Therapie meint als Ziel stets die Heilung von einem Leiden.** Der Drogenabhängige muss vom Gift ferngehalten, freigemacht werden, soll sein Körper (inkl. das Zentralnerven-System) eine Chance zur Heilung erhalten. Dass dazu noch die Suche nach dem seelischen Gleichgewicht kommen muss, versteht sich von selbst. Dabei kann und muss die Gesellschaft mithelfen.

Solange die Abstinenz jedoch nicht erreicht ist, gehen alle weiteren Bemühungen ins Leere. Das ist tausendfach bewiesen bei Alkoholikern, Medikamenten-Süchtigen und eben Drogenabhängigen.

Wenn der FDP-Mann Felix Gutwiller behauptet, die Heroinabgabe «rette Leben» ist das ebenso eine arge Täuschung. Sie verschiebt lediglich den Todeszeitpunkt des Süchtigen und verlängert markant seine Leidenszeit.

Damit erweisen sich die angeblichen Freunde als die wirklichen Feinde der Drogenabhängigen, die einer wirksamen Drogenpolitik im Wege stehen!

Und was ist mit den vermeintlichen Feinden?

Wer Drogenabhängigen mit Härte und Konsequenz begegnet, beschämt und frustriert sie. Er stachelt damit ihren Widerstandswillen (– denen will ich es zeigen!) an und verbessert damit markant die Chance der Heilung.

Eine harte, klar auf Repression ausgerichtete Gesetzgebung, die auch umgesetzt wird, schützt – Neueinsteiger vor der Versuchung, schreckt die Kriminellen ab und schützt die Gesellschaft besser als die «weiche Tour».

Was wir in den letzten Jahren mit den Drogenszenen (Platzspitz/Kocherpark/Reitschule Bern usw.) erlebten, sind die Folgen einer halbherzigen Politik, die sich längst als eine reine Katastrophe abqualifiziert hat.

Die Schicksale sind tragisch!

– Unter Drogen ist am 25. November letztthin der 21-jährige Daniel Baptista, ein hoffnungsvoller junger Mann, zu Tode gekom-



men. Er war kein Drogenabhängiger, liess sich aber bei einem Fest zum Drogenkonsum verleiten und verlor die Kontrolle über sich.

- Als die 26-jährige C. R. nach 6 Jahren Drogenkonsum freikam, war ihr Magen derart ruiniert, dass sie nach 5 Jahren an den Folgen starb.
- Die medikamentensüchtige B.F. wurde trotz aller Anstrengungen

ihrer persönlichen Umfeldes nie mehr gesund. Sie starb wenig über 40-jährig nach mehrjähriger körperlich/geistiger Invaliddität.

Und wir alle zahlen mit – seien wir direkt betroffene Angehörige oder Krankenkassen-Prämienzahler oder Steuerzahler.

M.W. sind die direkten und indirekten finanziellen Folgen des Drogengebrauchs und -missbrauchs noch nie genau untersucht worden.

Klar ist, dass es sich dabei um Milliardenbeträge handelt. Diese Tatsache und das unnötige Leid(en) zahlreicher Mitmenschen treiben mir den Blutdruck in die Höhe!

Der Beschluss des Nationalrates vom 20. Dezember mit 111 zu 73 Stimmen, die Heroinabgabe ins Recht zu überführen ist ein böser Irrweg. Wenn zu gegebener Zeit der «Dachverband für abstinenzorientierte Drogenpolitik» das Referendum ergreifen wird, werden alle wirklichen Menschenfreunde aufgerufen sein, mitzuhelfen, den Unfug zu stoppen.

Gesund durch den Winter



Monika Koller,
dipl. Pflege-
fachfrau DNI,
Zug

Ernährung

Ist unsere Nahrung fettreich, dann wird das Blut dickflüssiger, der Transport schwerfälliger, was wiederum das Herz stärker belastet. Wenn wir den Salzkonsum sehr stark einschränken und täglich höchstens 1,5 bis 2,5 Gramm Vollmeersalz gebrauchen, dann geben wir unseren Nieren die Möglichkeit, besser auszuscheiden und entlasten indirekt auch wieder unser Herz. Fehlt der Nahrung das notwendige Eisen, kann sich im Blut zuwenig Sauerstoff binden, was zu einer schlechten Nahrungsversorgung und dazu einem mangelhaften Abtransport der gesammelten Säuren und Schlacken führt. Wieder eine Gefahr für Rheuma und Gicht. Das notwendige Eisen ist übrigens in der Getreide- und Pflanzen-Nahrung genügend vorhanden und muss normalerweise nicht in anderer Form zugeführt werden. Auch der tägliche Genuss von Rohkost kann dem vielbeschäftigten Herzen Arbeit abnehmen. Rohkost enthält sehr viel Kalium. Also, liebe Schweizer Demokraten, befolgen Sie die gesundheitlichen Ratschläge.

Viele Schweizer Demokraten kämpfen mit grossem Einsatz für die Erhaltung unseres Volkes und unserer Heimat. Solche unermüdete Kämpfer braucht unser Land, und darum ist deren Gesundheit ein Herzensanliegen aller Gleichgesinnten. Deshalb hier einige Tipps:

Gehen Sie besonders schonend in die kommenden Wintermonate, Schneeschaukeln ist wohl eine gesunde Tätigkeit an frischer Luft, aber gesund nur dann, wenn es nicht übertrieben wird. Wie bei allen Tätigkeiten, darf das Herz nicht überlastet werden. Es ist erwiesen, dass mehr Menschen an Herzstörungen in der kalten Jahreszeit sterben als in den andern Monaten des Jahres.



Religion, laïcité et démocratie



Mary Meissner,
Vernier

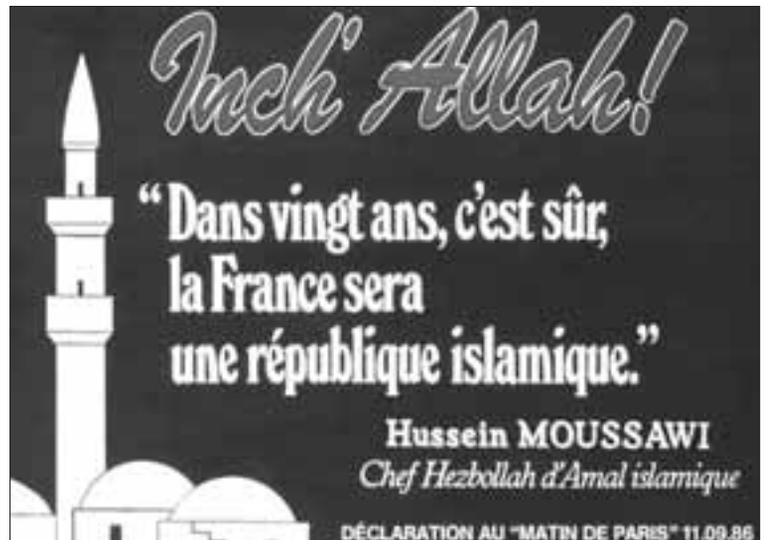
En ce début d'année tellement bouleversé par les guerres de religion en Irak, Afghanistan, Bangladesh, Sri Lanka, Liban et Palestine, j'aimerais souhaiter à ces inconditionnels d'une foi sélective, une prise de conscience laïque qui permette l'établissement de régimes politique et social appelés peut-être à tort, démocraties, mais actuellement, il n'y a pas d'autres mots. Pour les ressortissants de pays bénéficiant déjà de ce régime, j'espère qu'ils sauront en profiter pour une juste cause et je leur souhaite paix et prospérité.

En effet, parlant de juste cause, il revient aux responsables publics de s'assurer que les religions dans leur ensemble peuvent vivre, s'exprimer et transmettre leur croyances en complète égalité comme un droit fondamental de la personne, mais sans signes extérieurs ostentatoires pour ne pas dire attentatoires, car la laïcité est la garantie pour chacun de vivre selon ses con-

victions dans le strict cadre de la loi du pays où l'on vit et gagne son pain quotidien. Si l'on sépare le spirituel du temporel, il n'y aura plus de gué guerre pour ou contre le foulard, les carrés dans les cimetières ou une construction avec ou sans minaret, à condition que chacun n'accuse pas l'autre de prosélytisme, ou d'ingérence mal venue comme par exemple l'interdiction du sapin de Noël qui fait partie d'une tradition ancestrale des chrétiens. Demander une chose pareille est aussi incongru que si on interdisait l'habitude du ramadan aux musulmans. Une crèche avec un enfant est moins dérangement que le changement qui consiste à manger la nuit avec les odeurs et bruits de cuisine et jouer le jour.

La laïcité permet aux jeunes filles musulmanes de refuser le spirituel empiétant sur le temporel des mariages forcés, de l'étouffement en été sous un foulard, de gymnastique ou de bains cachés, ou de sorties en dehors de la famille. La foi doit pouvoir se vivre en liberté selon ses propres convictions, mais surtout discrètement sans crime d'«honneur» à la clé.

Chacun y trouvera son compte, ce qui revient à critiquer l'œcuménisme qui est une forme de capitulation de part et d'autre ou pire, de



mélanges indécents. Un chrétien ne tuera pas des milliers de moutons pendant une certaine période et n'exigera pas de la viande hallal tout au long de l'année, et un musulman ou un juif ne mangera jamais de porc. N'iront pas à la Mecque, ne se prosterneront pas dans les rues à heure fixe, ne se laveront pas les pieds plusieurs fois par jour et dans certains cas ne se flagelleront pas, des milliers de protestants, bouddhistes ou catholiques, ce qui heureusement évite des embouteillages ou autres situations ennuyeuses.

Ce qui agace et provoque des conflits ce sont les envies de domination et d'imposition de règles qui courcircuitent ou contrarient le système temporel démocratique établi pour tous sans interférence religieuse, car le droit de ne pas croire est aussi une liberté fondamentale. Donc la séparation de l'église et de l'Etat est une nécessité et une condition déterminante de la paix religieuse, c'est-à-dire, vu les conflits contemporains de la paix tout court.

Je vous souhaite à tous une très bonne année 2007.

En parcourant la presse

Triste Noël

Dans une petite localité du Nord de la France, un monstre humain s'amuse à canarder les animaux domestiques qui ont le malheur d'être à portée de son fusil. Un chat a été ramassé criblé de petits plombs, deux chiens sont retrouvés empoisonnés et tués par balle dans la proche forêt et un autre chat a été crucifié sur une planche, avec le ventre ouvert. Ces gestes sanglants et cette rage immonde souillent les cantiques de Noël qui deviennent des hymnes de mort. Il faudrait crucifier ce bourreau inconnu dès qu'on l'aura trouvé. Mais il risque encore de n'obtenir qu'un sursis comme cela devient

l'habitude aujourd'hui. Et puis ça finira de la même façon que pour les pitt-bulls. Beaucoup d'encres dans les journaux et peu de décisions restrictives, sans lois concrètes à la clé.

Pauvre Somalie nouveau martyr

Il y a lieu d'ajouter à la liste des pays qui sont devenus le nid des islamistes extrémistes, la Somalie où les troupes érythréennes et éthiopiennes sont venues au secours des chrétiens attaqués vicieusement et violemment par les fous d'Allah qui veulent renverser le gouvernement en place par la force des armes. Dans le même temps de Noël, les

Tamouls du Sri Lanka continuent leur sape et leur corruption pour s'approprier terres et influence politico-militaire. Ils profitent en premier lieu des 3 milliards de fonds envoyés par les associations humanitaires pour la reconstruction du pays dévasté par le tsunami. Les autochtones eux, n'ont pu à ce jour, reconstruire qu'un 30% de leurs habitations, une grande partie des maisons n'étant toujours pas terminées. Que font les autorités?

N'ont-elles aucun droit de regard sur la distribution d'un argent destiné d'abord aux citoyens du pays qui ont tout perdu?

C'est la même chose en Thaïlande où les hôtels pour touristes sont flambants neufs et les pêcheurs attendent toujours une aide efficace.

Dilapidation éhontée

L'argent des travailleurs occidentaux et américains qui peinent à se chauffer parce que le mazout est trop cher, sert à construire dans les pays du pétrole, présentement les Emirats Arabes Unis, des pistes de skis sous dôme avec neige et température à moins un degré, alors qu'à l'extérieur il fait 40°. Quel gaspillage! Bien pire naturellement que l'emploi des canons à neige dans nos montagnes, mais là aussi, pourquoi vouloir absolument ce qui n'est pas d'actualité? Partout on prêche des économies, un futur durable et l'adaptation au climat, mais on continue à éclairer à giorno des villes entières parce que c'est la tradition de Noël, on se

Il faut choisir!

Il a fallu des siècles pour détruire notre environnement, mais tout à une fin. Les gouvernements peu nombreux qui se rendent compte que rien n'est éternel, même pas notre planète vivant d'un soleil qui mourra à son tour, essaient de planifier l'avenir, mais devant l'apathie de ceux qui n'ont cure de ce qui adviendra demain, ils baissent les bras.

Sachant qu'il faudrait au moins 1000 milliards de dollars pour ne faire qu'un petit pas en arrière pour amorcer ou stopper cette dégradation planifiée qui semble irréversible, ceux qui nous gouvernent savent qu'ils ne vivront pas assez longtemps pour imposer une nouvelle politique universelle. Il faudrait d'abord qu'ils s'entendent sur des questions plus terre-à-terre et supportables pour un petit cerveau humain.

L'infranchissable barrière, c'est l'énergie et pour la maîtriser afin d'en profiter au maximum, il faudrait plus que 1000 milliards de \$, et une stabilité générale absolue dans tous les domaines jusqu'à la fin des temps.

En attendant, pour survivre tant bien que mal, car pour des millions d'êtres humains c'est plutôt mal, il faut choisir. Ou bien laisser le train s'écraser sans conducteur contre le mur, ou bien le freiner à mort.

Lorsqu'il faut reconstruire une ville complètement détruite, il n'y a que rarement des appels d'offres, des engins sophistiqués mis à disposition immédiatement ou des banques prêtes à ouvrir leurs coffres-forts. Après le tsunami indonésien, on a vu la population se remettre au travail sans exiger d'être payée. La récupération s'est opérée sans discussion, et les paysans se sont empressés de sarcler et replanter fruits et légumes dégagés de leur gangue après ramassage grain après grain. Ils n'ont pas attendu d'être aidés, et ils ont bien fait.

Pour éviter de futures catastrophes et une pollution définitive, le genre humain multiculturel, multiracial et métissé devrait se mettre à l'ouvrage bénévolement, comme les noyés d'un naufrage, sans peser les avantages ou les inconvénients pour les rescapés en cas de sauveta-

ge, avec le seul but de survivre.

Il y a tant de chômeurs, tant de gens qui ne demandent qu'à se dévouer, tellement de situations catastrophiques prêtes à exploser, que c'est le dernier moment de prendre le taureau par les cornes pour stopper cette débauche d'irresponsabilité et de gaspillage, d'égoïsme et de turpitudes.

Au lieu d'attendre que tout soit dégradé nous obligeant à revenir à la bougie et peut être même pas aux chevaux disparus eux aussi, faisons le de nous même, à notre rythme. Cessons de parler de croissance sur un globe fini et malade, stoppons le bétonnage et les courses de voitures. Fermons les bourses et les casinos, les bordels et les asiles de fous. Vidons les prisons et n'éclairons plus à giorno les rues de nos villes pendant les fêtes tout en nous demandant d'éteindre nos ampoules domestiques. Cessons la surpêche et bannissons les fourrures, fermons les élevages industriels et la déforestation. Revenons à une nourriture de proximité sans pesticides et sans transports éloignés. Redonnons à nos enfants le sens du devoir, de l'obéissance, de la pureté, de la fidélité et surtout du respect de soi et des autres. Fer-

mons les boutiques qui vendent du sexe, des vêtements dégradants. Les cinémas pornographiques et les théâtres avachissants. Détruisons Internet et les portables, les bolides et les compétitions sportives avec anabolisants. Et surtout stoppons les procréations assistées, artificielles ou multiples, tandis que l'être humain mettra un frein à sa libido. Il y aura moins de trisomiques, moins de cancéreux, de sidaïques, de malades de mycovidrose, moins d'autistes, de fous divers, d'assassins et de sourds muets. Bref, cette vision utopique et prônant des solutions radicales et drastiques, ne passera pas la rampe et me conduira directement au tombeau des irrécupérables. En attendant, vous m'avez lue et je vous demande de réfléchir.

Maria de Seimners

En parcourant la presse...

Suite de page 13.

goïnfre au lieu de rester sobres, on continue à importer des agrumes et autres délicatesses venant de l'autre bout du monde, on organise des courses automobiles consommant des tonnes de fuel, on construit des avions gigantesques et d'énormes trains sur voies ferrées, au lieu de réduire une consommation extravagante qui ne tient aucun compte des capacités planétaires inextensibles. Naturellement personne n'ose critiquer des naissances artificielles alors que la planète est surpeuplée, et qui pense aux terres agricoles devenant de plus en plus le lit des organismes génétiquement modifiés, et des plantes destinées non pas à la nourriture, mais à de l'éthanol pour moteur.

Les Pôles fondent, mais on va sur la Lune et bientôt sur Mars. On produit des canons et des bombes nucléaires, on continue à fabriquer des objets destructeurs induisant des prothèses, on invente de plus en plus de bouffe sophistiquée et chimique, alors on doit agrandir les hôpitaux. On interdit la cigarette, mais les drogues foisonnent sur le marché et les gouvernements instituent des par-loirs pour drogués. On revient aux constructions en ville et les stations d'épu-

ration débordent. On continue à transporter des animaux sur des milliers de kilomètres parce qu'un abattoir lointain tue à meilleur prix, sans se soucier des souffrances qu'endurent ces animaux qui nous nourrissent et que l'on devrait choyer en leur disant merci! C'est le monde à l'envers.

Pouvons nous dire Joyeux Noël le cœur léger? *Octopus*

Tourisme social pour les tziganes venant de l'Est

Avant les votations sur Schengen-Dublin, j'avais averti mes concitoyens du grave danger que notre pays courrait si les contrôles aux frontières étaient levés pour l'entrée des personnes et des biens sur notre territoire. Connaissant le mode de vie et de penser de ces gens paresseux et voleurs, qui n'hésitaient pas à demander à chaque étranger la meilleure façon de venir en Occident, je savais qu'ils n'attendaient qu'une occasion pour venir en Europe en caravanes et par cars entiers afin de profiter de nos structures d'accueil.

Et les cars et caravanes sont là. Ils encombrant nos routes, nos parkings et nos terres qu'ils salopent. De plus, ces Gitans en transit, par familles entières, consomment les repas offerts par les municipalités.

A Genève, ils profitent de notre système social pour s'installer pendant deux ou trois mois avant de repartir chez eux. Ils sont soutenus par des réseaux mafieux organisés, et pour eux c'est une grande partie de l'année en vacances gratuites. Véronique Püro, une jeune arriviste socialo-libérale, est en charge de ce problème qu'elle maîtrise à l'encontre de ses propres concitoyens parce qu'elle ne doit pas mettre la main à sa propre poche.

Elle fait pourtant partie d'un gouvernement qui est endetté jusqu'au cou, à qui Berne vient de demander plus de 80 millions à verser dans l'escarcelle de la péréquation financière mise en place dès cette année. Seul May Bittel, président du GIRCA (Gipsy International Recognition and Compensation Action), préconise timidement de faire payer les repas et les places de parking à ces gens du voyages venant surtout de Roumanie, de Hongrie, de Tchèque et de Slovaquie. Sera-t-il écouté?

Londres, la nouvelle terre d'asile des oligarques russes

La Russie aux couleurs communistes renouvelées, sous la haute protection d'un Poutine issu du KGB, devenu socialo-caviar, n'a plus be-

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates
Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

La plus grosse escroquerie de tous les temps

L'humanité danse sur un volcan qui va éclater peut-être en 2007. Nous avons tous, suspendue au-dessus de nos têtes, une épée de Damoclès prête à nous guillotiner. Mais les manipulateurs états-uniens qui détiennent ce pouvoir inimaginable, savent également jeter de la poudre aux yeux du monde entier.

En effet, les requins américains ont mis en place depuis les accords de Bretton Wood, une stratégie monétaire étrangère à long terme et qui serrera la corde au moment qui leur conviendra le mieux. Entre temps, les groupes financiers, les banques et les multinationales ont acheté à tour de bras et consolidé leurs avoirs, donc leur pouvoir financier, dans le monde entier. De son côté, Washington a fait marcher la planche à billets verts qui sont devenus du papier pourri sans couverture or, argent ou biens de consommation. Avec des prêts tous azimuts, la haute finance est devenue créancière des banques du Japon, de Chine, du FMI, de la Banque Mondiale etc., à raison de 5200 milliards de \$, les Etats-Unis ayant un seul objectif, d'abord le contrôle de la monnaie du pays, puis la manipulation mondiale. Lorsque le président Kennedy a proposé une



loi visant à étatiser ce système financier privé, il a été assassiné. Toute personne en contact avec les possibilités de la monnaie a perdu son patrimoine ou la vie. Depuis lors les objectifs stratégiques de la haute finance américaine ont dépassé le cadre national en instituant comme monnaie principale de réserve mondiale, le dollar. Aujourd'hui, elle demande la création d'une nouvelle monnaie, l'euro-dollar. D'où les propositions italiennes de revenir à la Lire, l'Allemagne au Deutschmark,

l'Angleterre se cramponnant à sa Livre Sterling. Espérons que la Suisse ne vendra pas tout son or, car, comme nous l'avons répété à plusieurs reprises dans ce journal, c'est sa seule protection contre les mafias de plus en plus nombreuses achetant nos usines, nos terres, nos industries, nos hôtels et nos paysages.

Car ces requins savent bien qu'ils n'ont plus beaucoup de temps pour s'approprier en plus, les mines de zinc, d'or, de bauxite, de diamant, de minerais nucléaires, de pétrole et de gaz. C'est peu payer ces richesses concrètes avec de l'argent pourri qui n'a aucune valeur. Ces propositions d'euro-dollars sont faites pour éviter un retour aux taux de change nationaux qui peuvent se protéger plus efficacement contre tout abus public ou privé, contre toute manipulation déflationniste ou inflationniste. La prochaine réforme monétaire offre une chance unique de dénoncer les coupables et de refuser catégoriquement la création du BRI qui se prépare déjà à s'emparer du prochain système de banques centrales et de monnaie indépendante sans possibilité de contrôle.

A noter que pour la population mondiale, ces acrobaties monétaires

n'ont d'influence que si la confiance règne et qu'en vendant son bien contre des billets, on peut racheter d'autres biens avec ces mêmes billets. Mais lorsque des secteurs entiers sont étatisés ou privatisés au sommet, les augmentations de prix se font sentir, la désinformation médiatique appartenant à ces hauts milieux aidant, une paupérisation généralisée s'installe obligeant les humains à travailler comme des esclaves ou des serfs pour survivre. Lorsque ces milieux s'attaquent à l'eau, à la santé ou aux agriculteurs en les obligeant à acheter des graines génétiquement modifiées, la conscience des peuples ne peut-elle se réveiller? Cette pourriture est universelle, irréversible et inéluctable. Un krach mondial générant une faillite programmée engendrera des changements épouvantables et je conseille à tous mes lecteurs de transformer leurs avoirs bancaires et leurs actions en biens immobiliers, or ou sources, quitte à demander un énorme prêt à valoir sur leurs assurances vieillesse, vie ou autres. Ce n'est pas moi qui donne la date limite de 2007, mais l'agence Rhanz und Wirtschaft-Thompson New York.

Mary Meissner

En parcourant la presse...

Suite de page 14.

soin de canons ou de propagande rouge internationale, pour conquérir banques, marchés et châteaux européens, et même plus loin. Depuis 2000, le premier pays visé, la Grande Bretagne, accueille et gère les avoirs d'une douzaine d'oligarques milliardaires, tous proches du gouvernement Poutine. Je pense qu'en Suisse, nos banques aussi doivent gérer cet argent qui a l'odeur du gaz, du pétrole et autres matières premières. Ces nouveaux riches issus du Kremlin, du GRU ou du NKVD, ont vite compris l'intérêt de changer le manteau communiste pour endosser la pelisse capitaliste. A eux maintenant les grandes réceptions, les Palaces, le caviar, les petites danseuses et les banques, l'industrie hôtelière et chimique! De simple moujiks ils entrent dans la haute société.

Nous deviendrons bientôt tous des employés, ouvriers et femmes de chambre, des nouveaux tsars russes, nous ravalant au rang de kom-somols œuvrant dans de nouveaux kolkozos.

Maria de Seimners

Database interactif ATRA I-Care

Ce projet concerne les alternatives à l'emploi d'animaux pour la didactique universitaire enseignant la médecine animale par la vivisection. Il y a beaucoup d'étudiants qui refusent la maltraitance sur animaux vivants et de ce fait, ne choisissent pas la section vétérinaire. D'autres étudiants qui suivent des cours de biologie, refusent de disloquer des grenouilles ou d'autres petits animaux pour avoir des résultats qui peuvent, aujourd'hui, être obtenus par la méthode ATRA I-Care, figurant sur Internet traduite en 8 langues, anglais, italien, allemand, français, espagnol, portugais, bulgare et russe. (A quand le chinois?). Elle propose 1038 méthodes pour remplacer les traditionnelles expériences didactiques sur 264 espèces d'animaux. Ce qu'il y a d'étrange, c'est que la Suisse qui se veut à l'avant-garde des recherches concernant l'environnement, la vie et la protection de notre monde en général, ne normalise pas cette alternative en l'uniformisant dans toutes les universités. Il y a des facultés qui autori-

sent l'Alternative Loan System, c'est-à-dire un service de prêts gratuits de méthodologie, comme en profitent les étudiants en médecine vétérinaire de Bâle, mais pas ceux de Genève, ceux de Berne mais pas de Zurich. Ceux de Lausanne c'est à bien plaisir. L'Uni de Genève accepte les étudiants de Fribourg qui utilisent cette méthode, donc ce n'est pas une nécessité de martyriser ces malheureuses bestioles.

D'autre part, en constatant les ravages causés par des remèdes nouveaux concoctés par l'industrie pharmaceutique qui font tant de dégâts après expérience sur les animaux, il y aurait lieu d'exiger du gouvernement qu'il élabore des lois comme en Italie, l'Inde et les USA où l'emploi d'animaux à usage didactique a déjà été grandement remplacé par la large diffusion de nouvelles méthodologies innovantes, sauf en Suisse où la tendance est inverse. Donc ces animaux ne sont absolument pas nécessaires pour faire de ces cours, des endroits de tortures indécentes à notre époque, formant des humains

indifférents à la douleur des autres, enlevant par ce genre de tuerie l'empathie naissante pour un chat, une souris, un chien en classe de chirurgie. N'est-ce pas une forme de violence conduisant aux excès relatés dans la presse. Au risque de passer pour une demeurée, je pense aux bouchers, pêcheurs, chasseurs et restaurateurs qui refusent de croire à la souffrance animale et qui n'ont aucun état d'âme à trucider ou ébouillanter ces animaux lorsqu'ils sont encore vivants. Poissons, brebis, cochons de lait, crabes, escargots, etc. Nous avons eu assez de disputes au sujet de la viande hallal et maintenant la lutte se passe au niveau du transport. Que de combats politiquement correct à mener au plus vite pour éradiquer toute souffrance inutile, puisque nous en avons les moyens... Quel beau cadeau pour la nouvelle année à tous nos amis à quatre pattes, si notre législation s'adaptait aux mots douceur, compassion, pitié et amour!

Charlotte Morel

EU-Tiertransporte bald durch die Schweiz?

Der Bundesrat erwägt, im Rahmen der Totalrevision der Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tiertransporten (EDAV) die berüchtigten Langstreckentransporte lebender Schlachttiere durch unser Land wieder zuzulassen. Pikanterweise gibt es seitens der sogenannten «Grünen» kaum Opposition gegen ein derartiges Vorhaben.

In der Schweiz gelten strenge Vorschriften für Tiertransporte. Sie sind auf wenige Stunden begrenzt, und die Tiere müssen ausreichend getränkt und gefüttert werden. In devoter Anpassung an die EU erwägt nun der Bundesrat, die Langstreckentransporte lebender Schlachttiere wieder zuzulassen. Das Bundesamt für Veterinärwesen schreibt dazu lapidar, Lebendtransporte seien «leider eine Realität», und den Tieren spiele es dabei «keine Rolle, ob sie nun durch Österreich oder Frankreich nach Italien transportiert werden, oder eben durch die Schweiz». Von solchen Transporten, die oft über Tausende von Kilometern quer durch Europa zu den billigsten Schlachthöfen durchgeführt werden, sind unglaubliche Missstände bekannt.

Die Qualen, welchen die Tiere zum Teil ausgesetzt sind, spotten jeder Beschreibung.

Grüne stehen abseits

Eigentlich wäre doch die Frontalopposition der sogenannten «Grünen» gegen die Abschaffung der moralisch unververtretbaren, gefährlichen, schwer umweltbelastenden grenzüberschreitenden Schlachttiertransporte ein zwingendes Anliegen, das im Interesse einer zivilisierten Gesellschaft so rasch wie möglich in die Tat umge-



setzt werden müsste. Doch weit gefehlt! So hört man von Seiten der linken und grünen EU-Beitrittsapostel keine Proteste an die Adresse Brüssels. Man hört auch nichts von Protesten an die Adresse des Bundesrates. Weil die Grü-

nen voll auf EU-Kurs sind, nehmen sie zynisch die tierquälerischen EU-Schlachttiertransporte in Kauf und sind bereit, Riesenkröten (sprich tierische Höllenqualen) für die Einbindung in ein grenzenloses Gross-Europa zu schlucken – und das ausgerechnet von jenen Kreisen, in denen normalerweise schon das Verspeisen von Froschschenkeln mit Recht als unmoralisch gebrandmarkt wird.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralpräsident, Bern

SD fordern griffige Massnahmen gegen «Hip-Hop»-Szene und attackieren «50 Cent»

Die Schweizer Demokraten (SD) beobachten mit Besorgnis die zunehmende Gewalt, die aus der «Hip-Hop»-Szene hervorgeht. So vergeht derzeit kein Wochenende, an dem sich nicht multikulturelle Homeboygangs in die Haare geraten und sich gegenseitig, aber auch szenenfremde Personen, teilweise lebensgefährlich verletzen.

«50 Cent» – Gangster mit Narrenfreiheit

Die aus den Schwarzenghettos der USA stammende Hip-Hop- und Rap-Ideologie verherrlicht Gewalt, animiert zu Drogenkonsum und ist zudem stark frauenverachtend. Tonträger, wie jener von «50 Cent» (richtig Curtis Jackson) mit dem Titel «Get Rich Or Die Tryin» sind in der Schweiz frei verkäuflich. Die Rap-CD ist aber ein Musterbeispiel, wie junge Menschen dazu verführt werden, Konflikte und Probleme mit Waffen zu lösen. Schon äusserlich ist die CD als stilisierte Zielscheibe mit zahlreichen Einschüssen gestaltet. Im sogenannten «Booklet» ist der Sänger mit einer Waffe zu sehen, die er direkt auf den Betrachter richtet. Curtis Jackson bekennt sich unmissverständlich zur Gewalt: «Kommst du mir in die Quere, werde ich dich zerquetschen ... Ich sorg dafür, dass du 'nen Rollstuhl brauchst.» An anderer Stelle: «Du passt besser auf, was du sagst, wenn du von mir sprichst. Denn ich werde kommen und dir dein Leben nehmen.» Und: «Nach Faustkämpfen ist Mündungsfeuer angesagt. Alter, du kriegst von mir nur das Beste.» Auf diese Art und Weise geht es munter weiter, aggressiv und brutal, in nahezu jedem der 17 Musikstücke der CD. Auch der Drogenkonsum wird verherrlicht: «Alter, ich bin die ganze Zeit high, ich rauche das

gute Zeug ... Gib mir etwas «Dro», «Purple Haze» und ein bisschen «Chocolate» (Marihuana-Sorten)». Damit der US-Rapper Curtis Jackson nicht weiterhin ungestraft singen kann «Wenn du nicht angeschossen werden willst, solltest du mich nicht provozieren», will SD-Nationalrat Bernhard Hess im Frühjahr vom Bundesrat Antwort darüber, wie künftig gewaltver-

herrlichende und frauenverachtende Texte auf Tonträgern aus der US-amerikanischen Rapper- und Hip-Hop-Szene unterbunden werden können. Weiter soll der Bundesrat griffige Massnahmen zur Gewaltbekämpfung aus der Hip-Hop-Szene vorlegen.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralpräsident



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch



Kleber-Bestellung

Wir möchten gerne wie folgt Kleber «Damit Sie nicht nur noch schwarz sehen» beziehen:

Menge

(bitte Zutreffendes ankreuzen)

- 3 Kleber gratis
 50 Kleber (Fr. 10.–)
 100 Kleber (Fr. 20.–)
 200 Kleber (Fr. 40.–)
 500 Kleber (Fr. 100.–)
 1000 Kleber (Fr. 200.–)
 2000 Kleber (Fr. 400.–)

Liefer- und Rechnungsadresse:

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Bitte so rasch als möglich einsenden an:
Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern

_____ Kleber

Hinweis

Wir liefern in der Reihenfolge der Bestellungen aus, «solangs hätt». Nur bei einem grossen «Überhang» an Bestellungen wäre ein Nachdruck möglich, da die Herstellung kleiner Auflagen (unter ca. 15 000 Stück) zu einem höheren Stückpreis erfolgt.